Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 31 (1984)

Heft: 6

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Umfrage bei den Kantonen zeigt deutliches Bild

Zivilschutz-Verweigerung: Gesamtschweizerische Lösung tut not

Die Zivildienst-Initiative ist vom Schweizervolk im Februar massiv abgelehnt worden. Damit sind jedoch die Probleme alles andere als vom Tisch gewischt. Schwer tun sich auch die Zivilschutzverantwortlichen mit ehemaligen Armee-Dienstverweigerern, die auch eine Dienstleistung bei den Gelbhelmen ablehnen. Kopfschütteln bei einigen Verantwortlichen deshalb, weil bezüglich Strafmass und Zeitpunkt des Ausschlusses aus dem Zivilschutz in unserem Land geradezu ungeheure Unterschiede herrschen: Während in einigen Kantonen gemäss Bundesgesetzgebung hart durchgegriffen wird, übersehen andere Kantone «grosszügig» dieses Problem. Während der Recherchierarbeiten zu diesem Artikel wurde dem «Zivilschutz»-Redaktor von verschiedenen Kantonen trocken zur Antwort gegeben: «Bei uns gibt es da kein Problem. Wir haben keine Verweigerer!» Die nachfolgende Umfrage soll die Situation objektiv aufzeigen und möglicherweise dahingehend wirken, dass trotz kantonaler Hoheit in naher Zukunft gesamtschweizerisch eine einigermassen einheitliche Praxis eingeführt wird.

Die Umfrage bei den kantonalen Zivilschutzämtern, die wir nachfolgend auszugsweise abdrucken, zeigt, dass bezüglich Zivilschutzdienst-Verweigerung eine Unsicherheit besteht, die man bei einer eidgenössischen Regelung mehrheitlich ausräumen könnte. So schreibt etwa Kurt Stettler, Adjunkt des Amtes für Zivilschutz des Kantons Zürich: «Was uns ausserordentlich beschäftigt, ist das Ausschlussverfahren gegen tatsächliche Zivilschutzdienst-Verweigerer. Ein Militärdienst-Verweigerer wird in der Regel mit drei bis sechs Monaten Gefängnis bestraft und alsdann aus der Armee ausgeschlossen. Wie soll nun der Zivilschutz gegenüber Zivilschutzdienst-Verweigerern reagieren? Genügen bereits zwei bis zehn Tage Haft, um einen Ausschluss zu rechtfertigen? Die Möglichkeit hiezu besteht tatsächlich, denn es wäre Artikel 43, Absatz 2, lit. b ZSG, ‹Unwürdigkeit›, in Verbindung mit Artikel 63 ZSV anrufbar. In diesem Bereich vermissen wir eine für sämtliche Kantone massgebende Weisung.» Ein Bedürfnis für eine gesamtschweizerische Lösung bejahen insbesondere jene Zivilschutz-Verantwortlichen, deren Organisationen vorab in grossen Agglomerationen beheimatet sind – wo also das Nichteinrücken bzw. die Verweigerung wegen der Anonymität wesentlich weniger auffällt als in ländlichen Gemeinden oder gar Kantonen. Dort ist das Problem dank der Übersichtlichkeit und den persönlichen Beziehungen und positiven Einstellung verschwindend klein, wie uns beispielsweise Abteilungsleiter Werner Roduner vom Kantonalen Amt für Zivilschutz Appenzell Innerrhoden schreibt: «Wir sind froh, mit dem Dienstverweigerer-Problem bisher nicht konfrontiert worden zu sein.» Dass aber auch sogenannt weniger unproblematische Kantone auch froh um eine unkomplizierte Handhabung bei Zivilschutzdienst-Verweigerungen wären, bezeugt der Brief des Kantonalen Amtes für Zivilschutz Graubünden. Der Leiter der Sektion Graubünden, Sjursen, stellt fest: «Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um Widerhandlungen – ohne einen schwerfälligen administrativen Apparat in Gang zu setzen – zu sanktionieren.»

Stellungnahmen der kantonalen Ämter (zum Teil leicht gekürzt)

Appenzell Ausserrhoden

In den Jahren 1982/83 verzeichnete der Kanton Appenzell Ausserrhoden folgende Strafverfügungen durch das Verhöramt Trogen:

Strafverfügungen durch Verhöramt Trogen

Urteile 1982/83

10.3.1983 Kurs verlassen am 1. Vormittag ohne Abmeldung	300.– Busse 30.– Gebühren
10.3.1983 Beim Mittagessen so viel Alkohol zu sich genommen, dass er keine kursgemässen Aufgaben mehr übernehmen konnte, geweigert, als Figurant eingesetzt zu werden und sich anschliessend von der Gruppe entfernt	10 Tage Haft 30.– Gebühren
10.2.1983 Von der Gruppe entfernt, ohne sich abzumelden, wurde darauf am 1. Tag in Abwesenheit vom OC entlassen bzw. musste am 2. Tag nicht mehr antreten (Urteil Kantonsgericht)	150.– Busse 360.– Kosten + Gebühren
28.2.1983 Kurs verlassen am ersten Vormittag, ohne Abmeldung	300.– Busse 30.– Gebühren
24.11.1982 Unentschuldigt nicht eingerückt	390.– Busse 40.– Gebühren
10.11.1982 Einrücken versäumt	300.– Busse 30.– Gebühren
5.11.1982 Anschliessend an Znünipause um 10 Uhr nicht mehr zum Kurs zurückgekehrt. Wollte am 2. Tag wieder antreten (Mitläufer von Pt 3)	60.– Busse 90.– Gebühren
6.1.1983 Eingerückt und ohne Abmeldung sich nach der Gruppeneinteilung entfernt	300.– Busse 30.– Gebühren
16.12.1982 Vergessen einzurücken (Wiederholungsfall)	300.– Busse 30.– Gebühren

Jeder Antrag auf Überweisung an den Strafrichter geht via kantonales Amt für Zivilschutz an das Verhöramt. Sobald sich jemand strafbar gemacht hat, erfolgt eine Anzeige. Mit diesem Vorgehen wurden nur positive Erfahrungen gemacht; man stellt grundsätzlich eine bessere Einrückungsdisziplin fest.

Appenzell Innerrhoden

Im Kanton Appenzell Innerrhoden (2 ZSO) werden jährlich etwa 2 ZS-Pflichtige wegen Versäumnis der Dienstleistungspflicht dem kantonalen Untersuchungsrichteramt überwiesen. Es handelt sich dabei keineswegs um Dienstverweigerer, sondern um Straffälle, welche auf Nachlässigkeit zurückzuführen sind.
Wir sind froh, mit dem Dienstverweigererproblem bisher nicht konfrontiert worden zu sein.

Basel-Stadt

Die jährlichen Verzeigungen wegen Nichteinrückens zum Zivilschutzkurs nehmen im Kanton Basel-Stadt stark zu. Immer mehr Pflichtige glauben nicht an die Nützlichkeit des Zivilschutzes und sind der Überzeugung, durch ihre Verweigerung richtig zu handeln und damit der Friedensbewegung zu dienen. Der Zivilschutz als integrierter Teil der Gesamtverteidigung tue nichts, um Krieg zu verhindern. Auch aktuelle Spruchbandbeschriftungen werden oftmals als Begründung angegeben, die nach eingehender Befragung jedoch bald als einfaches «Nichtwollen» entlarvt werden können.
Nur vereinzelt sind die Betroffenen innerlich überzeugt und in ihrer Grundhaltung militärfeindlich und gegen den Zivilschutz generell als Teil der Gesamtverteidigung.
Eine Verzeigung beim Polizeigericht Basel-Stadt erfolgt nach zweimaligem Nichteinrücken, wobei der Pflichtige nach dem ersten Fernbleiben eine Verwarnung zugestellt erhält, wobei ihm darin die Folgen einer Verzeigung im Wiederholungsfall ausdrücklich mitgeteilt werden.
Im Jahre 1981 waren es 12 Pflichtige,
im Jahre 1982 14
im Jahre 1983 waren es 26 Pflichtige,
die verzeigt bzw. zu 3 bis 5 Tagen unbedingter Haft verurteilt wurden. In Einzelfällen kommt es «aufgrund besonders mildernder Umstände» zu Geldbussen von 80 bis 100 Franken.

Richtlinien des bernischen Gerichtspräsidentenverbandes für das Strafmass in Zivilschutz-Strafsachen

1. Fahrlässiges Nichteinrücken	
Erstmalige Rückfällige	Mindestens Fr. 100.–
	Verdoppelung der Busse, eventuell Freiheitsstrafe
2. Vorsätzliches Nichteinrücken	
2.1 Einfache Fälle (Art. 84 Ziff. 1)	Mindestens Fr. 250.– Busse oder den Betrag, den der Angeschuldigte während der versäumten Dienstzeit verdiente.
2.2 Schwere Fälle und solche, die das 2. Mal vorsätzlich nicht einrücken	Freiheitsstrafe. Im Falle der Gewährung des bedingten Vollzuges ist zusätzlich noch Busse auszusprechen.
2.3 Angeschuldigte, die sich grundsätzlich weigern, auch in Zukunft Zivilschutz zu leisten	Bestrafung mit unbedingter Gefängnisstrafe. Die Akten sind an die Zivilschutzbehörden weiterzuleiten zur Prüfung des Ausschlusses (Art. 43 Abs. 2b).

Bemerkungen
Bei vorsätzlichem Nichteinrücken aus finanziellen Überlegungen soll die Busse die Höhe des Verdienstes erreichen, der während der versäumten Zivilschutzzeit erzielt wurde.

Oktober 1979

Bern

Einen Überblick über die Anzahl der Zivilschutzdienst-Verweigerer haben wir nicht. Das Strafmass und die dreimaligen Verurteilungen richten sich grundsätzlich nach den Richtlinien des bernischen Gerichtspräsidentenverbandes für das Strafmass in Zivilschutz-Strafsachen.
Ein einheitliches Vorgehen der Gerichte im Kanton Bern und unseren Empfehlungen an die Gemeinden erfolgt nach den erwähnten Richtlinien. Da aber der Ausschuss Sache der Gemeinden ist, ist es auch in deren Ermessen, den Ausschluss bereits nach der ersten Verurteilung zu beschliessen.
Eine Anzeige erfolgt in der Regel wegen vorsätzlichen Nichteinrückens. Zudem bekennt der Schutzdienstpflichtige, dass er auch nach der Bestrafung einem Zivilschutzaufgebot nicht Folge leisten werde.
Solange eine Gesetzesgrundlage noch aussteht, ist den Gemeinden ein ziemlicher Ermessensspielraum eingeräumt, welchen sie den Interessen und den Aufgaben des Zivilschutzes entsprechend sinnvoll und gewissenhaft benützen sollten.
Wie uns bekannt ist, ändert ein prinzipieller Schutzdienst-Verweigerer seine Einstellung zum Zivilschutz auch nach der Bestrafung mit unbedingter Gefängnisstrafe nicht, so dass normalerweise der Ausschluss erfolgt.

Freiburg

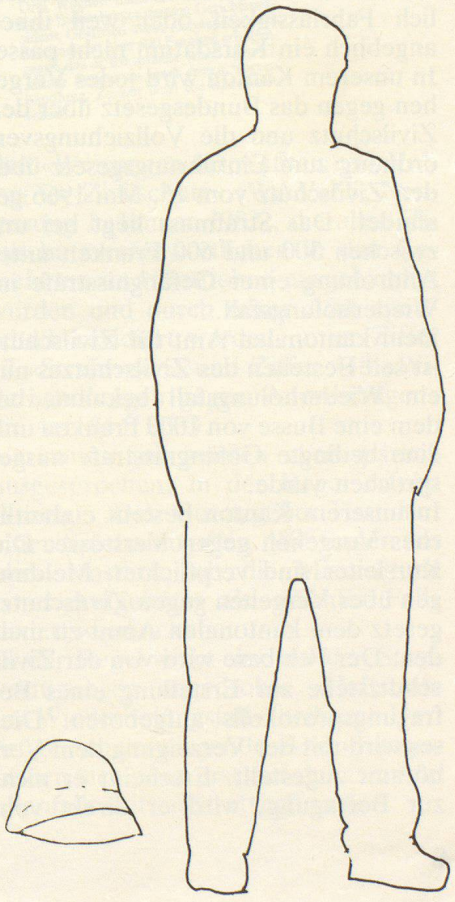
Eigentliche Zivilschutzdienst-Verweigerungen mussten wir in den Jahren 1982/83 nicht registrieren. Es handelte sich vielmehr um Übertretungen nicht im Zusammenhang mit dem Empfang des gelben Dienstbüchleins, sondern wegen Nichtbefolgungen von Vorladungsbefehlen. Diese Personen wurden auf administrativem Weg gebüsst, und eine zweite Vorladung folgte in der Regel.
Bezüglich administrativer Sanktionen durch die Bussenverordnung ist der Fall klar. Auf dem juristischen Gebiet entscheiden die Gerichtspräsidenten von Fall zu Fall. Der ganze Fragenkomplex befindet sich heute in den Händen des Kantons, der für eine «unité de doctrine» sorgt.
Eine Anzeige erfolgt nach der zweiten Verfehlung.
Inwiefern sich unsere Praxis auf die Disziplin ausgewirkt hat, ist, angesichts der wenigen Straffälle, schwierig zu beurteilen.

Genf

Im Kanton Genf gibt es pro Jahr etwa zehn eigentliche Fälle von Zivilschutzdienst-Verweigerung, die jeweils das Zivilgericht beschäftigen. Das Strafmass reicht von 200 Franken Busse bis zu 75 Tagen Haft, wobei hier andere Delikte inbegriffen sind. Das ganze Problem ist kantonal geregelt, das heisst, in einem Verweigerungsfall gelangt die Gemeinde direkt an den Kanton. Nach zweimaliger Verweigerung eines Dienstes erfolgt eine Anzeige. Prinzipiell erhält ein Verweigerer so viele Tage Gefängnis aufgebrummt, wie er verweigert hat. Angesichts der 17000 jährlich geleisteten Zivilschutzdiensttage ist die Anzahl von Verweigerungen sehr klein –, das Problem also kaum gross.

Graubünden

Im Kanton Graubünden registriert man jährlich etwa 30 Straffälle mit Bussen zwischen 150 und 500 Franken. Anträge für Strafanzeigen erfolgen durch die Gemeinden an das KAZ. Das Amt stellt nach Überprüfung des Sachverhaltes Strafanzeige bei den zuständigen Kreisgerichten. Wenn ein Einrückungspflichtiger vordienstlich seine Dienstverweigerung schriftlich zu erkennen gibt, wird er über den Sachverhalt der Pflichtdienstleistung aufgeklärt und auf die strafrechtlichen Konsequenzen bei einem allfälligen Nichteinrücken aufmerksam gemacht. Ist der Tatbestand der Dienstverweigerung erfüllt, erfolgt eine Strafanzeige. Die bisherige Praxis hat sich auf die Einrückungsdisziplin positiv ausgewirkt.



Jura

In unserem Kanton werden Zivilschutzdienst-Verweigerer durch die Gemeinden dem Zivilrichter überwiesen. Die Gerichtsurteile werden nur selten dem Kanton oder der Gemeinde mitgeteilt.

Art. 43

5. Entlassungs- und Ausschlussgründe

[1] Entlassungsgründe sind:
a. Alter, Krankheit oder Gebrechen;
b. nachträglich eingetretene Befreiungsgründe im Sinne von Artikel 36 Absatz 3;
c. andere wichtige Gründe, für Frauen insbesondere Mutterschaft und Übernahme der Betreuung alter oder pflegebedürftiger Familienangehöriger.

[2] Ausschlussgründe sind:
a. Unfähigkeit;
b. Unwürdigkeit.

Obwalden

Der Kanton Obwalden hatte sich noch nie mit einer eigentlichen Zivilschutzdienst-Verweigerung im Sinne Ihrer Anfrage zu befassen. Von den jährlich etwa 1000 Einrückungspflichtigen mussten im Jahre 1982 drei und im Jahre 1983 zwei Schutzdienstpflichtige, weil sie einem Kurs oder einer Übung ferngeblieben sind, verzeigt werden. Die Gründe sind ausschliesslich Fahrlässigkeit oder weil ihnen angeblich ein Kursdatum nicht passe.
In unserem Kanton wird jedes Vergehen gegen das Bundesgesetz über den Zivilschutz und die Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz über den Zivilschutz vom 15. Mai 1966 geahndet. Das Strafmass liegt bei uns zwischen 300 und 600 Franken unter Androhung einer Gefängnisstrafe im Wiederholungsfall.
Dem kantonalen Amt für Zivilschutz ist seit Bestehen des Zivilschutzes nur ein Wiederholungsfall bekannt, bei dem eine Busse von 1000 Franken und eine bedingte Gefängnisstrafe ausgesprochen wurde.
In unserem Kanton besteht einheitliches Vorgehen gegen Verstösse. Die Kursleiter sind verpflichtet, Meldungen über Vergehen gegen Zivilschutzgesetz dem kantonalen Amnt zu melden. Der Fehlbare wird von der Zivilschutzstelle zur Erstellung eines Befragungsprotokolls aufgeboten. Dieses wird mit der Verzeigung dem Verhöramt zugestellt. Erscheint er nicht zur Befragung, wird er direkt vom Verhöramt aufgeboten, wobei sein Nichterscheinen ebenfalls als disziplinarisches Vergehen gewertet wird.
In unserem Kanton würde eine Anzeige wegen Dienstverweigerung erstattet.
Wir haben keine Erfahrungen bezüglich der Reaktionen auf eine Zivilschutzdienst-Verweigerung. Es ist bei uns eher so, dass eine Nichtbestrafung eines Nichteingerückten von den übrigen Zivilschutzangehörigen nicht verstanden würde.

Schaffhausen

1982/83 registrierte der Kanton Schaffhausen 16 Fälle von Versäumnis und Verweigerung. Das Strafmass reichte von einer Busse von 150 Franken bis zu 21 Tagen Gefängnis unbedingt. (In diesem Fall wurden gleichzeitig noch andere Vergehen geahndet, zum Beispiel Nichtbezahlen des Militärpflichtersatzes.) Eine kantonale Weisung ist zurzeit in Bearbeitung. Eine Anzeige erfolgt in der Regel dann, sobald das Versäumnis nicht besonders leicht ist, also bei vorsätzlichem Nichteinrücken.
Meist hat der Bestrafte nach dem erstenmal begriffen, dass es ernst gilt und macht mit. Es gibt aber auch «chronische Fälle», bei denen mehrfach bestraft werden muss. Die letzte Massnahme dürfte der Ausschluss sein. Dieser ist jedoch nur dann möglich, wenn allein auf Art. 43 Abs. 2 lit b ZSG abgestellt wird; sobald Art. 63 lit b ZSV eingehalten wird, ist's problematisch.

Solothurn

Der Kanton Solothurn hat im Jahr 1982 insgesamt 110 Verzeigte zu vermerken. Darunter befinden sich aber viele Personen, die einfach vergessen haben, dass sie einrücken müssen. Das Strafmass der Verzeigten beträgt 50 bis 800 Franken. Haft gibt es in Solothurn ab dem vierten Nichteinrücken. Jährlich werden drei oder vier Personen mit Haft bestraft. Im Kanton Solothurn hat der Kanton die Dienstverweigerung klar geregelt. Im allgemeinen ist es aber schwer zu unterscheiden, wer ein echter Dienstverweigerer ist und wer nicht; dies gilt vor allem für Leute, die mit Busse bestraft werden.

St. Gallen

Die Anzahl von Zivilschutzdienst-Pflichtigen, die nicht zu Kursen und Übungen einrücken, hält sich in unserem Kanton unter der Ein-Promille-Grenze. Wir sind daher nicht bereit, das Problem «hochzuschwatzen» bzw. hochzuspielen. Die Strafbestimmungen müssen nicht diskutiert werden, sie sind im Zivilschutzgesetz eindeutig geregelt.

Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, Glarus, Luzern

Die Arbeitsgemeinschaft Innerschweiz (AGI), der die Kantone UR, SZ, OW, NW, ZG, GL und LU angehören, hat anlässlich ihrer letzten Sitzung auch Ihre Anfrage betr. Zivilschutzdienst-Verweigerung diskutiert. Dabei hat sich herausgestellt, dass in den erwähnten sieben Kantonen keine echten Zivilschutzdienst-Verweigerer bekannt sind. Dies will jedoch nicht heissen, dass in den genannten Kantonen keine Bestrafungen gemäss Art. 84 ZSG vorgekommen sind, weil Zivilschutzpflichtige nicht zu Kursen oder Übungen eingerückt sind. Jedoch mit dem Motiv Zivilschutzdienst-Verweigerung ist den kantonalen Chefs der AGI kein Fall bekannt.

66 Haftstrafen – 275 000 Zivilschutz-Dienstpflichtige

hwm. Zwar ist die Rechtsprechung bei Zivilschutzverweigerungen Sache der Kantone, doch das Bundesamt für Zivilschutz erhält in der Regel – mit Verzögerung – die Verurteilungen gemeldet. Danach registrierte man 1982 51 bedingte und 15 unbedingte Haftstrafen – also insgesamt 66 Haftstrafen – bei 275 000 Schutzdienstpflichtigen. Allerdings sind diese Angaben mit Vorsicht zu geniessen, da die Haftstrafen meist noch andere Vergehen als die Zivilschutz-Verweigerung beinhalten. Die Zahlen für 1983 sind noch nicht erhältlich.

Waadt

1982 und 1983 registrierte der Kanton Waadt 170 Zivilschutzdienst-Verweigerungen. Die Strafmasse variierten zwischen 100 und 500 Franken einerseits, und zehn Tagen Gefängnis anderseits (fünfmal jährlich).
Die Strafbestimmungen dieser Vergehen sind im ordentlichen kantonalen Recht geregelt. Das zuständige kantonale Departement übermittelt die Fälle gemäss Gesetz vom 10. November 1969 den zuständigen Instanzen. Zu gegebener Zeit richten die Gemeinden ein Strafbegehren an das Kantonale Amt für Zivilschutz, das über das weitere Vorgehen in eigener Regie befindet.

Zürich

Seit Jahren führen wir eine Statistik über die Anzahl der Strafverfügungen, welche durch die Statthalterämter aufgrund der von den Gemeinden oder unserer Amtsstelle eingereichten Strafanzeigen wegen Missachtung rechtmässig erlassener Aufgebote bzw. Nichteinrücken in Dienstanlässe des Zivilschutzes gemäss Art. 53/54 ZSG erlassen wurden.
Vorerst wäre der Begriff «Zivilschutzdienst-Verweigerer» zu definieren. Wir gehen davon aus, dass erst dann von «Verweigerung» gesprochen werden kann, wenn ein Zivilschutzpflichtiger nach verbüsster Haftstrafe einem erneuten Aufgebot nicht Folge leistet und somit eine erneute Haftstrafe, allenfalls Gefängnis, in Kauf nimmt.
In der Praxis wird ein Nichteingerückter durch die Gemeinde (Gemeinderat, Zivilschutzkommission oder in wenigen Fällen die Zivilschutzstelle als Vollzugsorgan der Exekutive) an die zuständige kantonale Polizeistation (Stadt Zürich über die Stadtpolizei) zur Anzeige gebracht. Der sachbearbeitende Polizeibeamte vernimmt in der Folge den Angezeigten und eröffnet ihm die Verzeigung an das zuständige Statthalteramt. Anschliessend gehen die Akten – Anzeige der Gemeinde und Einvernahmeprotokoll der Polizeistation – auf dem Kommandoweg an das Statthalteramt. Unser Amt wiederum stellt Verzeigungsanträge für Nichteingerückte in kantonale bzw. Bundeskurse direkt an das zuständige Statthalteramt. Dieses leitet die Anzeige zur Einvernahme des Betroffenen an das Polizeikommando zuhanden der zuständigen Polizeistation weiter. Im Anschluss daran erlässt das Statthalteramt die Strafverfügung bzw. fällt die Busse in der Höhe von etwa 150 bis 180 Franken, zuzüglich ungefähr 70 bis 100 Franken Staats- und Schreibgebühren, Zustellungskosten usw. Im Wiederholungsfall erhöhen sich die Bussen auf etwa 300 Franken, in Einzelfällen auf 500 bis 1000 Franken, zusätzlich die Nebenkosten von etwa einem Drittel bis zur Hälfte der Bussenhöhe.
Im Jahre 1982 erliessen die Statthalterämter total 750 Strafverfügungen, deren Bussenhöhen inkl. Nebenkosten den Betrag von rund 220000 Franken ausmachten.
Haftstrafen zwischen zwei und zehn Tagen wurden in 10 Fällen ausgesprochen, wobei die Verurteilten noch Nebenkosten bis 1000 Franken zu tragen hatten.
Das Jahr 1983 widerspiegelt weitestgehend die Vorkommnisse im Strafverfahren des Vorjahres.
Unsere Militärdirektion präzisierte in den «Weisungen für Aufbau und Vollzug im Zivilschutz» (WAV-ZS, Neufassung 1. Januar 1982), die allen Zivilschutzverantwortlichen in den Gemeinden und Betrieben ausgehändigt wurden und durch unser Amt aperiodisch revidiert werden, unter Ziffer 17 «Strafwesen» und Ziffer 448 «Widerhandlungen gegen Anordnungen» die Art. 84 ff ZSG.
Verwarnungen werden eher spärlich ausgesprochen; in der Regel erfolgt Anzeige. Der Gesetzgeber lässt hier einen Spielraum offen. Wir fragen uns aber ernstlich, ob die Missachtung eines Aufgebotes als «leichter Fall» taxiert werden kann.
In der Regel wirkt eine auf den Strafverfügungen angedrohte «Haftstrafe im Wiederholungsfall» heilsam. Derartige schwerwiegende Androhungen finden sich aber erst auf der zweiten, allenfalls dritten Strafverfügung.

Fünf Fragen

hwm. Die «Zivilschutz»-Redaktion hat sämtlichen kantonalen Ämtern fünf Fragen zum Thema Zivilschutzdienst-Verweigerung gestellt:

1. Haben Sie einen Überblick über die Anzahl von Zivilschutzdienst-Verweigerungen der Jahre 1982 und 1983? Wie gross war das jeweilige Strafmass?
2. Hat man sich in Ihrem Kanton eventuell schon zu einem einheitlichen Vorgehen durchgerungen; können sich die verantwortlichen Gemeinden also auf kantonale Empfehlungen stützen?
3. Wann wird in Ihrem Kanton in der Regel eine Anzeige in Sachen Dienstverweigerung erstattet?
5. Was für Erfahrungen haben die jeweiligen Gemeinden gemacht, wenn ein Zivilschutzdienst-Verweigerer verurteilt worden war? Wie war die spätere Wirkung auf die Einrückungsdisziplin usw.?

Die Antworten auf die vierte, eine gesamtschweizerische Lösung betreffende Frage sind separat aufgeführt und in den nachfolgenden Ausführungen der kantonalen Ämter nicht enthalten.

Nicht in den Zivilschutz eingerückt

Das Luzerner Obergericht verurteilte den Angeklagten zu 30 Tagen Gefängnis bedingt

Von Jürg J. Aregger

Da ein 53jähriger Verkaufschef für den Militärdienst untauglich geschrieben wurde, hätte er bereits in früheren Jahren in den Zivilschutz einrücken müssen. Offenbar versuchte er sich mit allen Mitteln von der ihm lästigen Pflicht zu drücken. So wurde er schon 1980 wegen Nichteinrückens in den Zivilschutz bestraft. Auch den Aufgeboten für 1981 und 1982 war er nicht gefolgt, weshalb sich nun die Richter mit ihm zu befassen hatten.

Der Verkaufschef war weder in den Zivilschutzkurs vom 30. November bis 4. Dezember 1981 in Hitzkirch noch in jenen vom 10. bis 14. Mai 1982 in Blattig eingerückt. Weil er sten Fall schuldig und verurteilten den Angeklagten zu zehn Tagen Gefängnis bedingt und 300 Franken Busse. Damit konnte sich nun wieder der Staatsanwalt nicht abfinden, der vor Obergericht eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen unbedingt und eine Busse verlangte.

Ein Augenleiden

Der Verkaufschef brachte den Richtern vor, jedesmal, wenn er in den Zivilschutz hätte einrücken sollen, sei er krank gewesen. Ferner habe er den Zivilschutzkurs nie besucht, weil er für den Militärdienst untauglich geschrieben worden sei. Im April 1982 hatte er zudem der örtlichen Zivilschutzstelle mitgeteilt, er werde dem Aufgebot nur unter der Bedingung Folge leisten, dass eine [illegible] kaufschef Anfang Mai 1982 in ärztlicher Behandlung wegen eines Augenleidens. Am 8. Mai habe er bei ihm eine virusbedingte, ansteckende Augenentzündung feststellen können. Es war ihm demnach in der fraglichen Zeit aus gesundheitlichen Gründen nicht zumutbar, dem Aufgebot zum Zivilschutzkurs Folge zu leisten.

Kein Arztzeugnis eingereicht

Der Verkaufschef berief sich wegen der Ansteckungsgefahr für Dritte auf Notstand beziehungsweise Notstandshilfe. Diese Argumentation wurde nun aber vom Obergericht abgelehnt, sei doch der Notstand allen anderen Abhilfen gegenüber subsidiär. Handeln im Notstand sei nur zulässig, wenn die Gefahr nicht auf andere Weise abgewendet werden könne. Genau dies aber wäre ihm vorliegend möglich gewesen, um so mehr als ihm die Vorschriften der Zivilschutzverordnung aus dem früheren Amtsgerichtsurteil bekannt waren. Während er anlässlich seiner Einvernahme vor dem Amtsstatthalter zu Protokoll gab, bei der Zivilschutzbehörde kein ärztliches Zeugnis aufgelegt zu haben, behauptete er vor Obergericht, er habe dem Zivilschutzzentrum Blattig sen. Das Obergericht gewährte ihm deshalb eine Frist zur Beibringung dieses Beweismittels. Nachdem der Angeklagte von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat, gingen die Richter davon aus, dass er kein Arztzeugnis eingereicht hatte – darin liege eine Verletzung der Zivilschutzverordnung. Er sei somit zu Unrecht auch nicht in den Zivilschutzkurs in Blattig eingerückt. Dass er vorsätzlich gehandelt habe, gehe aus seinen Äusserungen klar hervor, er werde nicht in den Zivilschutz einrücken und keinen Zivilschutz machen, da er allergisch dagegen sei.

Inzwischen eingerückt

Der Verkaufschef wurde deshalb des wiederholten Nichteinrückens in den Zivilschutzkurs schuldig gesprochen. Sein Verschulden wurde als schwerwiegend eingestuft. Dabei falle auch seine einschlägige Vorstrafe ins Gewicht. So wurde eine Gefängnisstrafe von einem Monat und 300 Franken Busse als angemessen erachtet. Da er in der Zwischenzeit das Unrecht seines Verhaltens offensichtlich eingesehen habe und 1983 in den Zivilschutzkurs eingerückt sei, wurde ihm bei einer Probezeit von drei Jahren der bedingte Strafvollzug

Verfahren gegen Poch-Stadtrat

Justiz ermittelt wegen Aufforderung zur Zivildienstverweigerung

sda. Wegen kritischen Aeusserungen zum Zivilschutz ermitteln die Justizbehörden gegen den Berner Poch-Stadtrat Peter Eichenberger. Eichenberger wird vorgeworfen, in einem Radiokommentar öffentlich zur Verweigerung des Zivilschutzdienstes aufgerufen zu haben.

Laut Eichenberger stützt sich das Verfahren auf Artikel 84 des Zivilschutzgesetzes. Danach wird mit Haft oder Busse bestraft, «wer öffentlich dazu auffordert, sich an Kursen, Uebungen oder anderen Veranstaltungen des Zivilschutzes nicht zu beteiligen oder amtlich angeordnete Massnahmen zu missachten». Der Poch-Stadtrat hatte am 19. November im Berner Lokalsender «Radio ExtraBE» einen Zeitungsartikel mit dem Titel «Wenn eine Atombombe auf die Stadt Bern fällt» kritisch kommentiert. Zum Inhalt des Kommentars wollte er sich gestern allerdings nicht mehr äussern, «um nicht in ein hängiges Verfahren einzugreifen». Die Aufzeichnung der Radiosendung ist nicht mehr vorhanden; sie wurde nach Ablauf der einmonatigen Aufbewahrungsfrist gelöscht.
Drei Wochen nach der Radiosendung hatte Eichenberger ein von Gerichtspräsident Gottfried Aebi ausgesprochenes Strafmandat über 600 Franken erhalten, gegen das er Einsprache erhob. Am 17. Januar kam es zu einer ersten Vorverhandlung. Zurzeit läuft die Beweismittelfrist.

Als Argument gegen den Zivildien[…] wurde vorgebracht, die freie Wahl zw[…]schen Wehr- und Zivildienst bedeu[…] eine Gefahr für den Weiterbestand u[…]serer Armee und somit auch unserer D[…]mokratie. Solange der Wehrwille d[…] einzelnen vorhanden sei, könne der Z[…]vildienst den Bestand unserer Arm[…] nicht gefährden, meinten im Gegens[…] dazu die Befürworter der Initiative.

Die Kantone zu möglichen Lösungen

Einheitliche Regelung – ein Wunschtraum?

hwm. Uneinheitliches Bild der Kantone – auch bei der Frage nach der Wünschbarkeit einer einigermassen einheitlichen Regelung der Verweigerungsfrage in der Schweiz: Dies ergab die Auswertung von Antworten der kantonalen Ämter auf eine entsprechende Frage der Zeitschrift «Zivilschutz». Immerhin: jene Kantone, die mit Verweigerungs- und Disziplinfragen am häufigsten konfrontiert werden, wünschen sich am ehesten eine gesamtschweizerische Linie, was einzig auf Gesetzesstufe möglich wäre. Nachfolgend einige der aussagekräftigsten Stellungnahmen.

Das Kantonale Amt für Zivilschutz des Kantons Basel-Stadt meint in Sachen «Einheitlichkeit» bei der Ahndung von Zivilschutzbegehren wenig optimistisch: «Besprechungen für gesamtschweizerische Lösungen sind uns nicht bekannt, mindestens offiziell nicht. Aufgrund der kantonalen Zuständigkeiten wird dies wohl für immer ein Wunschtraum bleiben – oder ist dies überhaupt wünschenswert?»
Nach Ansicht des baselstädtischen Zivilschutzamtes ist eine einheitliche Praxis jedoch erstrebenswert, da die Zu- und Wegzüge von und nach den Gemeinden bereits bestrafter Zivilschutzpflichtiger in der Zukunft aktueller werden könnte, als dies schon der Fall sei: «Für Dienstverweigerer, welche sich aufgrund ihrer Überzeugung zu 5 bis 7 Monaten Gefängnis verurteilen lassen, wäre eine gesamtschweizerische Verbindlichkeit anzustreben. Ein Verurteilter, der seine Strafe verbüsst hat, wird zivilschutzpflichtig – er ist eben nicht unwürdig, wie viele glauben; somit wird er zum Zivilschutzkurs aufgeboten. Nach zweimaligem Nichteinrücken wird er verzeigt und verurteilt. Und nach genau diesem Punkt wird nun die Praxis in Frage gestellt:

- Ist der Pflichtige rückfällig geworden, wird er also jetzt zum zweitenmal für dasselbe Vergehen (Nichteinrücken, Dienstverweigerung) verurteilt?
- Ist Nichteinrücken der Beginn einer erneuten, wiederholbaren Straftat, die zur Verurteilung ansteht?

Ein bei uns anstehender Fall ist für uns im Moment der Anlass, dass eine gesamtschweizerische Praxis geschaffen werden sollte.» Soweit das baselstädtische Amt für Zivilschutz zu dieser Frage.
Weitere Kantone wären «nicht unglücklich» über eine einheitliche Regelung, wobei sie im selben Atemzug auf die Barrieren des Föderalismus hinweisen (Schaffhausen). Das Amt für Zivilschutz des Kantons Bern meint diesbezüglich: «Diese Frage wäre gelegentlich – wie bei der Armee – auf Gesetzesstufe zu regeln.»

«Praxis hat sich bewährt...»

Es liegt in der Natur der Sache, dass vorab kleinere Kantone keinen Anlass sehen, die jetzigen rechtlichen Bestimmungen zu ändern, da sie offenbar mit solchen Fragen weniger konfrontiert werden und die Einzelfälle «im Griff» haben. So schreibt uns der Vorsteher des KAZ Obwalden, Bruno Burch, wörtlich unter anderem folgendes: «Wir sehen keinen Grund, unsere Praxis zu ändern, weil sie sich bewährt hat. Wir sind der Meinung, dass mit dem Ansehen des Zivilschutzes in einem Kanton, das von den kantonalen Amtsstellen tatkräftig unterstützt und gefördert wird, sich auch Probleme meistern lassen. Der Zivilschutz als eine wesentliche Säule unserer Landesverteidigung bedarf derselben Disziplin, wie sie unsere Armee kennt.»

Und die Disziplin?

Apropos Disziplin: Dieser Problemkreis beschäftigt offenbar die Zivilschutzprofis des KAZ Graubünden in Chur: Asbjörn Sjursen, Adjunkt, zu dieser Frage: «Der Zivilschutzorganisation fehlen konkrete Rechtsgrundlagen und Ausführungsbestimmungen zur Behandlung von Disziplinarfällen, die sich im Dienstbetrieb ergeben können. Man muss es einmal klar und deutlich sagen: Wenn die Armee auf Disziplinarmassnahmen, die sofort an Ort und Stelle verhängt werden müssen, nicht verzichten kann, warum soll der Zivilschutz, der einen ebenso schwierigen Auftrag in seiner Gesamtheit zu erfüllen hat, nicht auch auf die Anwendung von Disziplinarmassnahmen zurückgreifen können?
Das leitende Zivilschutzkader hat heute eine ausserordentlich heikle Position zu vertreten. Weil der Zivilschutz zur Hauptsache in der Gemeinde stattfindet, fehlt eine gesunde und natürliche Distanz der Unterstellten zu ihrem Vorgesetzten. Sehr oft müssen unpopuläre Massnahmen seitens der Milizkader angeordnet werden, die dann durch falsch verstandene Kameraderie unterlaufen oder vom Schutzdienstpflichtigen ganz einfach verweigert werden.
Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, um Widerhandlungen, ohne einen schwerfälligen administrativen Aufwand in Gang zu setzen, zu sanktionieren.»

XI. Abschnitt: Strafbestimmungen

Art. 84 [2)]

1. Widerhandlung gegen das Gesetz

1. Wer sich weigert, die ihm im Zivilschutz übertragenen Aufgaben zu übernehmen, ohne dispensiert oder aus Gesundheitsgründen hievon befreit zu sein,
wer öffentlich dazu auffordert, sich an Kursen, Übungen oder andern Veranstaltungen des Zivilschutzes nicht zu beteiligen oder amtlich angeordnete Massnahmen zu missachten,
wer vorsätzlich oder fahrlässig
a.[1)] einem Aufgebot nicht Folge leistet, sich aus dem Dienst entfernt oder sich auf andere Weise der Schutzdienstpflicht entzieht,
b. Kurse, Übungen und andere Veranstaltungen oder Anlagen und Einrichtungen des Zivilschutzes oder dessen Einsatz stört oder gefährdet,
wird mit Haft oder mit Busse bestraft; in besonders leichten Fällen kann erstmals an die Stelle der Bestrafung eine Verwarnung durch die zuständige Kantons- oder Gemeindebehörde treten.
2. In schweren Fällen ist die Strafe Gefängnis, womit Busse verbunden werden kann.
3. In Zeiten aktiven Dienstes kann auf Gefängnis, in schweren Fällen auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden.
4. Die Strafverfolgung wegen Handlungen, durch die in andern Gesetzen enthaltene Straftatbestände erfüllt werden, bleibt vorbehalten.

...untauglichen in den Zivilschutz

Wer aus religiösen oder anderen Gewissensgründen keinen Dienst in der Armee leisten kann, sollte wie andere Mitbürger, welche die aufgestellten Normen für Soldaten nicht erfüllen, als militäruntauglich dem Zivilschutz zugewiesen werden. Nur in diesem Rahmen dürfte es in einem Krieg möglich sein, die nötigen Schutz-, Rettungs- und Betreuungsaufgaben zu erfüllen. Armee und Zivilschutz haben ihre Existenzberechtigung nur im Blick auf einen Ernstfall, während ein Zivildienst nur in Friedenszeiten funktionieren würde. Die Pflicht des Wehrmannes, nötigenfalls sein Leben zu opfern, lässt sich durch nichts anderes aufwiegen. «Gleichwertige» Ersatzdienste sind somit nicht möglich. Darum: Zivildienstvorlage: Nein.

Das Bundesamt für Zivilschutz zu rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Verweigerung:

«Höchstens mittels Gesetzesänderung...»

«Nach dem Grundsatz der Gewaltentrennung kann der Zivilschutz als Verwaltungsbehörde keinen Einfluss auf die richterliche Beurteilung nehmen. Dies wäre allenfalls durch eine Gesetzesänderung denkbar, was indessen kaum angezeigt erscheint.» Diese Haltung vertritt das Bundesamt für Zivilschutz in einem Interview mit «Zivilschutz»-Redaktor Heinz W. Müller.

«Zivilschutz»: Jährlich werden mehrere Personen wegen Zivilschutzdienst-Verweigerung verurteilt, obschon sie bereits als Militärdienst-Verweigerer mehrere Monate im Gefängnis gesessen haben und dann aus der Armee ausgeschlossen worden sind. Welche gesetzlichen Grundlagen «rechtfertigen» diese «Doppelbestrafung»?

Der Ausdruck «Doppelbestrafung» ist im Zusammenhang mit Ihrer Frage nur bedingt zutreffend. Der Schutzdienst hat nicht den gleichen Charakter wie der Miliärdienst. Es kann folglich nicht behauptet werden, der Zivilschutz habe in einem Kriegsgeschehen «aktive» Aufgaben. Nach Art. 1 des Zivilschutzgesetzes (ZSG) ist er zwar ein Teil der Gesamtverteidigung, bezweckt aber den Schutz, die Rettung und die Betreuung von Personen und den Schutz der Güter durch Massnahmen, die bestimmt sind, die Auswirkungen bewaffneter Konflikte zu verhindern oder zu mildern. Kampfaufgaben hat er keine und ist deshalb selbst auch unbewaffnet. Insofern kommt dem Zivilschutz eine ausgesprochen humanitäre Funktion zu und leistet somit einen wertvollen Beitrag zur Friedenssicherung.

Das Bundesamt für Zivilschutz empfiehlt den kantonalen Zivilschutzchefs schon seit einigen Jahren, «Dienstverweigerer aus Gewissensgründen, die durch ein Militärgericht mit Haft oder Gefängnis bestraft und aus der Armee ausgeschlossen wurden, als nicht tauglich im Sinne von Art. 41 Abs. 1 ZSG zu betrachten, wenn sie sich aus denselben Gründen weigern, auch im Zivilschutz Dienst zu leisten». Einige Kantone wenden diese Empfehlungen seither an, ja einige gehen darüber hinaus und schliessen auch politisch motivierte Zivilschutzdienst-Verweigerer relativ rasch aus. Andere Kantone sind dagegen konsequent und hart.

Der Zivilschutz kennt kein Disziplinarstrafrecht, wie es die Armee im Dienstreglement vorsieht. Disziplinarfälle sind mit andern Worten dem zuständigen Zivilstrafrichter zu verzeigen. Aus den der Bundesanwaltschaft gemeldeten Strafentscheiden lässt sich meist nicht feststellen, aufgrund welchen Straftatbestandes die jeweilige Verurteilung erfolgte. Gestützt auf Presseberichte sowie Mitteilungen der kantonalen Ämter für Zivilschutz darf davon ausgegangen werden, dass die Zahl eigentlicher Schutzdienstverweigerer – es handelt sich dabei meistens um Personen, die nicht gewillt sind, sich in unsere Gesellschaftsordnung einzufügen bzw. um solche, die unsere demokratischen Institutionen ablehnen – bisher relativ unbedeutend war. Soweit bekannt, wurden die Betroffenen dabei von der zuständigen zivilen Strafjustiz jeweils nach Einsicht in die Straftat und die Erwartungen in ihr künftiges Verhalten erstmals mit Busse, Haft oder Gefängnis bestraft. Die Strafen im Wiederholungsfall sind durchwegs spürbar strenger.
Das Bundesamt für Zivilschutz hat den Kantonen im Jahre 1980 empfohlen, mehrfach rückfällige Schutzdienstverweigerer gestützt auf Art. 43 ZSG in Verbindung mit den Artikeln 62 und 63 der Zivilschutzverordnung (ZSV) wegen Unfähigkeit, allenfalls auch Unwürdigkeit oder aufgrund entsprechender medizinischer Beurteilung aus medizinischen Gründen, aus dem Zivilschutz auszuschliessen.

Zahlreiche Zivilschutzverantwortliche finden diese Unterschiede zwischen den Kantonen als äusserst problematisch und fordern, dass sich der Bund dieser Sache annimmt.

In Fällen von Schutzdienstverweigerung hat der Bund den Strafrahmen festgelegt (Art. 84 ZSG). Es ist Sache der Gerichte, diese Bestimmungen anzuwenden. Nach dem Grundsatz der Gewaltentrennung kann der Zivilschutz als Verwaltungsbehörde keinen Einfluss auf die richterliche Beurteilung nehmen. Dies wäre allenfalls durch eine Gesetzesänderung denkbar, was indessen kaum angezeigt erscheint.

Zum Schluss noch eine etwas anders gelagerte Frage: Vor kurzem hat das Schweizervolk der Zivildienst-Initiative eine deutliche Abfuhr erteilt. Damit ist aber das Problem alles andere als vom Tisch gefegt. Befasst man sich beim BZS allenfalls mit einem Ersatzdienst für Militärdienst-Verweigerer? Und gibt es anderseits mögliche Wege, um Zivilschutzdienst-Verweigerern bessere «Alternativen» als das Gefängnis anzubieten?

Ein «Ersatzdienst für Militärdienstverweigerer» fällt nicht in den Kompetenzbereich des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS). Wie und in welcher Form ein solcher Ersatzdienst allenfalls zu leisten wäre, werden das Parlament und der Bundesrat zu beurteilen haben. Es erscheint allerdings wenig wahrscheinlich, dass «Ersatzdienstleistungen» im Zivilschutz erbringbar wären, zumal die Einsatzmöglichkeiten der Schutzdienstpflichtigen in Friedenszeiten beschränkt sind.

Die beste «Alternative» für Schutzdienstverweigerer scheint uns gerade im Hinblick auf den humanitären Charakter des Zivilschutzes die Schutzdienstleistung.

Art. 85

2. Widerhandlung gegen Ausführungserlasse

[1] Wer vorsätzlich den in Ausführung dieses Gesetzes vom Bundesrat erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Busse bis 200 Franken, in schweren Fällen oder bei Rückfall überdies mit Haft bestraft.

[2] In besonders leichten Fällen oder wenn der Täter fahrlässig handelt, kann erstmals anstelle der Bestrafung eine Verwarnung durch die zuständige Kantons- oder Gemeindebehörde treten.

[3] In Zeiten aktiven Dienstes kann auf Gefängnis erkannt werden.

Art. 86

3. Strafverfolgung

[1] Verfolgung und Beurteilung der in diesem Gesetz mit Strafe bedrohten Handlungen liegen den Kantonen ob.

[2] Sämtliche Strafentscheide und Einstellungsbeschlüsse sind der Bundesanwaltschaft in vollständiger Ausfertigung unentgeltlich zuzustellen.

Kommentar:

Elegante Lösung ist möglich

«Es gilt zu vermeiden, dass der Zivilschutz in die Problematik der Dienstverweigerung aus Gewissensgründen einbezogen wird und dass auch die Zivilgerichte mit den praktisch unlösbaren Problemen der Feststellung der Gewissensgründe konfrontiert werden. Wir empfehlen deshalb, in Zukunft Dienstverweigerer aus Gewissensgründen, die durch ein Militärgericht mit Haft oder Gefängnis bestraft und aus der Armee ausgeschlossen wurden, als nicht tauglich im Sinne von Art. 41 Abs. 1 ZSG zu betrachten, wenn sie sich aus denselben Gründen weigern, auch im Zivilschutz Dienst zu leisten. Sie sollten in diesem Falle nicht eingeteilt bzw. aus der Schutzdienstpflicht entlassen werden.»

Diese Empfehlung machte bereits vor einigen Jahren das Bundesamt für Zivilschutz. Die Praxis in den Kantonen sieht jedoch auch heute ganz anders aus: Während einige Kantone gemäss Empfehlungen des BZS das Zivilschutzdienst-Verweigererproblem «elegant» lösen und damit Verweigerer relativ rasch freikommen, leben andere Kantone dem Gesetzesartikel nach und greifen hart durch – dies mit dem Hintergedanken, dass nur so das Problem, das glücklicherweise noch kein grosses ist, in den Griff zu bekommen ist bzw. eine mögliche Lawine gefestigt wird.

Es versteht sich von selbst, dass das Fehlen einer «unité de doctrine» kontraproduktiv ist und jenen Kreisen Munition liefert, die den Zivilschutz ganz allgemein bei jeder Gelegenheit kritisieren und ablehnen. Eine einheitliche Praxis – gerade in bezug Ahndung von Verweigerungen und Ausschluss – würde den Zivilschutzdienst-Verweigerern jeglichen Wind aus den Segeln nehmen. Solange aber ein unbequemer, publizitätsgewandter Verweigerer in einem Kanton nullkommaplötzlich zivildienstfrei wird, während er in einem Nachbarkanton letzten Endes hinter Gitter müsste, bietet der Zivilschutz den Gegnern unnötig eine Angriffsfläche.

Es ist deshalb ein Gebot der Stunde und der Vernunft, dass sich alle von diesem Problem betroffenen Zivilschutz-Fachleute und Juristen an einen Tisch setzen für eine einigermassen einheitliche Behandlung von Verweigerern. Das käme keinem Diktat von oben gleich, sondern wäre die eleganteste Art, um dieses Problem, das eigentlich keines sein müsste, zu lösen.

Heinz W. Müller

3. Abschnitt: Ausschluss

Art. 63 Ausschlussgründe (Art. 43 Abs. 2)

Von der Schutzdienstleistung wird ausgeschlossen:

a. wer unfähig ist;
b. wer zu Zuchthaus oder Verwahrung verurteilt wird;
c. der Vorgesetzte, der unter Vormundschaft gestellt wird.

Getroffen: Alexander J. Seiler, Filmemacher

Zivilschutz-verweigerer

Militärdienst, immerhin, hat er geleistet: 541 Tage, mithin fast anderthalb Jahre, als Soldat, Unteroffizier und Leutnant bei der Festungsartillerie und zuletzt – wegen eines Rückenleidens – in der Funktion des stellvertretenden Kommandanten eines Betreuungsdetachements beim Hilfsdienst.

Dem Zivilschutz jedoch kündigt der bekannte Filmemacher («Siamo Italiani») Alexander J. Seiler, 56, aus dem zürcherischen Grüningen die Gefolgschaft auf: «Ich halte den Zivilschutz im Blick auf einen nuklearen Krieg für einen Betrug und Selbstbetrug.»

So zog er seine Konsequenzen und verweigerte die Teilnahme an einer Zivilschutzübung – zum drittenmal bereits. Das brachte ihm eine Vorladung vor dem Einzelrichter Hinwil ein, wo der Ankläger am vergangenen Donnerstag eine unbedingte ... von zehn Tagen

Seilers Verteidiger plädierte auf Freispruch, eventuell eine Busse oder eine bedingte Haftstrafe von höchstens drei Tagen. (Das Urteil wird schriftlich zugestellt.)

Ausserdem möchte der Schöpfer der Filme «Früchte der Arbeit» und «Ludwig Hohl» aus der Zivilschutz-Organisation ausgeschlossen werden: «Ich fühle mich als Verweigerer aus Gewissensgründen und werde auch weiterhin eine Dienstleistung ablehnen. Soll ich also jedes Jahr ins Gefängnis müssen?»

Anfänglich, erzählt er, sei er voll guten Willens gewesen: «Nach der Umteilung zum Zivilschutz absolvierte ich 1979 einen fünftägigen Einführungskurs und eine eintägige Übung, und ein Jahr später rückte ich erneut für zwei Tage ein. Da erlebte ich dann, wie erwachsene Männer fein säuberlich Blechschablonen putzten, mit denen andere Zivilschützler Wegweiser aus Holz beschrifteten. Diese Wegweiser sollen ... Bevölkerung ... griffen denkt!»

Aus diesen Worten geht wohl Seilers Hauptanliegen hervor: «Der Zivilschutz stellt eine Ideologie des Schutzes gegen den Atomkrieg dar und suggeriert ein mögliches Überleben. Dies ist nicht nur falsch – es ist glatter Irrsinn. Und deshalb kann ich eine Unterstützung des Zivilschutzes in seiner jetzigen Form mit meinem Gewissen nicht vereinbaren.»

Alexander J. Seiler weiss sich in dieser Einschätzung mit vielen Zivilschutzpflichtigen einig: «Mir wurde nach ... hingewiesen habe. Und das ist ja auch mein Ziel: Das Publikum auf die Problematik aufmerksam machen.»

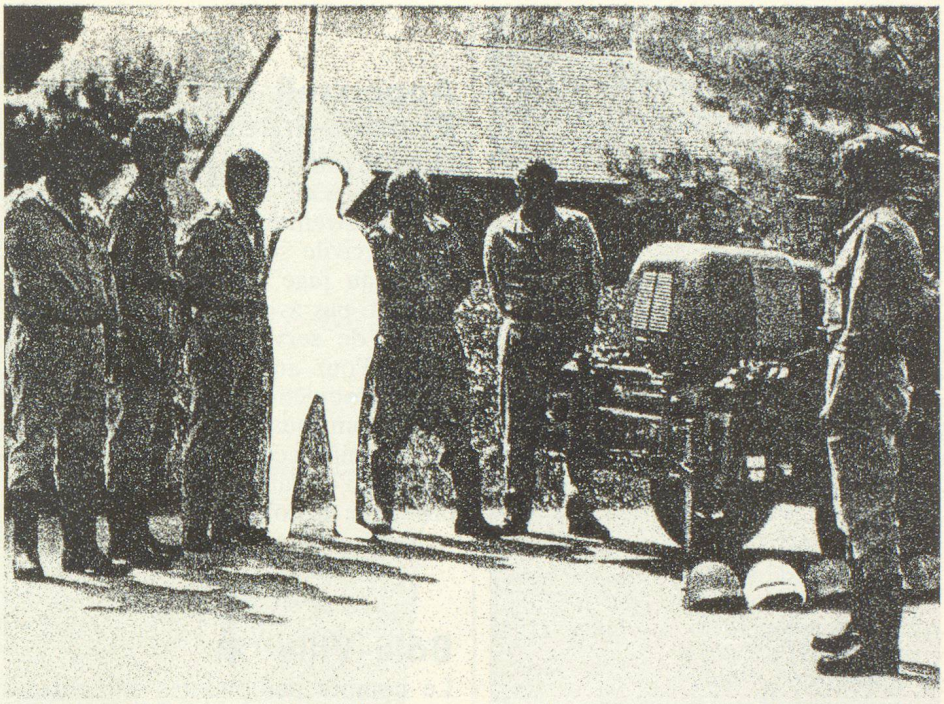
Noch sind Zivilschutzverweigerungen Einzelfälle, über die bisher nicht einmal Statistik geführt wird. Doch grundsätzlicher Gegner eines Zivilschutzes ist auch Alexander J. Seiler nicht: «Wenn ich im Rahmen einer Katastrophenhilfe oder etwa zur Bekämpfung des Borkenkäfers aufgeboten würde – ich wäre sofort dabei!»

Ronald Sonderegger
(Schweizer Illustrierte)

Alexander J. Seilers Credo: «Der Akt des zivilen Ungehorsams ist heute für mich zu einer Bürgerpflicht geworden.»

Le sondage effectué auprès des cantons donne une image précise du refus de servir au sein de la protection civile:

Nécessité d'une solution à l'échelle de toute la Suisse



L'initiative sur la protection civile a été massivement refusée par le peuple suisse en février dernier. Cela ne signifie pas pour autant que l'on ait résolu les problèmes, loin de là. Les responsables de la protection civile ont en effet fort à faire avec d'anciens objecteurs de l'armée qui refusent également de porter le casque jaune. Et si nombre de ces responsables hochent quelque peu la tête, c'est qu'il existe justement d'énormes différences d'un canton à l'autre quant aux sanctions adoptées et aux délais d'exclusion: tandis que des mesures sont scrupuleusement prises dans certains cantons, conformément à la législation fédérale, d'autres cantons éludent largement ce problème. Au cours des travaux de recherches qu'il eut à effectuer pour la rédaction de cet article, le rédacteur en chef de *Protection civile* s'est souvent vu répondre de façon laconique par certains responsables cantonaux: «Mais nous n'avons aucun problème, puisque nous n'avons pas d'objecteurs!» Le sondage publié dans les pages suivantes a pour but de donner une image objective de la situation et, dans la mesure du possible, contribuer à ce qu'une même attitude prévale dans un proche avenir à l'échelle de toute la Suisse, et ce malgré l'autorité des cantons.

Le sondage effectué auprès des offices cantonaux de protection civile, dont nous publions ci-après quelques extraits, montre que par rapport au refus de servir au sein de la protection civile règne aujourd'hui une certaine perplexité, celle-ci pouvant être dans une large mesure évitée par un règlement fédéral. A cet égard, Kurt Stettler, responsable de l'Office de protection civile du canton de Zurich écrit: «Ce qui nous préoccupe plus particulièrement, c'est la procédure d'exclusion à l'encontre des véritables objecteurs refusant de servir dans la protection civile. Quelqu'un qui refuse de servir au sein de l'armée se voit en général infliger une peine allant de trois à six mois de prison et elle est de ce fait exclue de l'armée. Comment doit donc réagir la protection civile face à des personnes qui refusent de servir dans la protection civile? Deux à dix jours de détention suffisent-ils à justifier une exclusion? Il existe effectivement une possibilité d'agir ainsi si l'on se réfère à l'article 43, paragraphe 1 al. b de la Loi sur la protection civile sur «l'indignité» en corrélation avec l'article 63 de l'Ordonnance sur la protection civile. Dans ce domaine, nous manquons d'une directive valable pour tous les cantons.» Ce sont surtout les responsables de la protection civile dont les organisations se trouvent dans de grandes agglomérations qui estiment nécessaire l'établissement d'une formule valable à l'échelle de toute la Confédération, étant donné que ceux qui ne se laissent pas incorporer, respectivement refusent de servir, peuvent profiter d'un certain anonymat qui existe beaucoup moins dans les communes rurales, voire dans les cantons moins urbanisés. Comme il y est plus facile d'avoir un aperçu réel de la situation, du fait des relations personnelles plus étroites entre les habitants et d'une disposition personnelle nettement plus positive, ce problème d'objection est relativement minime, comme nous l'explique par exemple Werner Roduner, chef de département à l'Office cantonal de protection civile du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures: «Nous sommes contents de ne pas avoir été confrontés jusqu'à présent au problème de l'objection.» De même que certains cantons réputés moins bien lotis ne seraient pas fâchés de pouvoir recourir à une procédure plus simple à l'égard des personnes refusant de servir dans la protection civile, comme en témoigne la lettre qui nous est parvenue de l'Office cantonal de protection civile du canton des Grisons. Le chef de la section Grisons, Asbjorn Sjursen, constate qu'on «doit trouver des moyens et des voies permettant de sanctionner des exactions sans mettre en branle un lourd appareil administratif».

Art. 43

5. Motifs de libération et d'exclusion

[1] Les motifs de libération sont:
- a. L'âge, la maladie ou l'infirmité;
- b. Des faits nouveaux constituant une cause de libération au sens de l'article 36, 3e alinéa;
- c. D'autres justes motifs, pour les femmes notamment la maternité ou le fait de s'occuper de proches âgés ou nécessitant des soins.

[2] Les motifs d'exclusion sont:
- a. L'incapacité;
- b. L'indignité.

Prises de position des offices cantonaux (en partie légèrement résumées)

Appenzell Rhodes-Extérieures

Au cours des années 1982/1983, le canton Rhodes-Extérieures a enregistré les condamnations suivantes prononcées par le Tribunal de Trogen:

Condamnations prononcées par le Tribunal de Trogen

Jugements 1982/1983

10 mars 1983 A quitté le cours lors de la première matinée sans annoncer ce départ	Fr. 300.– amende 30.– taxes
10 mars 1983 A consommé tant d'alcool au dîner qu'il n'a plus été capable d'accomplir les tâches prévues au programme du cours, a refusé de fonctionner en qualité de figurant et s'est ensuite éloigné du groupe	10 jours de détention 30.– taxes
10 février 1983 S'est éloigné du groupe sans annoncer son départ, à la suite de quoi il a été congédié dès le 1er jour en l'absence du chef local, resp. n'a plus été tenu de se présenter le 2e jour. (Jugement du Tribunal cantonal)	150.– amende 360.– frais + taxes
28 février 1983 A quitté le cours lors de la première matinée, sans annoncer son départ	300.– amende 30.– taxes
24 novembre 1982 Ne s'est pas rendu au cours et ne s'en est pas excusé	390.– amende 40.– taxes
10 novembre 1982 Ne s'est pas rendu au cours	300.– amende 30.– taxes
5 novembre 1982 Suite à la pause du milieu de la matinée, n'est plus retourné au cours à 10 h.00. Souhaitait se présenter de nouveau le 2e jour (a suivi la personne citée au point 3).	60.– amende 90.– taxes
6 janvier 1983 S'est présenté au cours, mais s'est éloigné une fois la répartition des groupes effectuée	300.– amende 30.– taxes
16 décembre 1982 A oublié de se rendre au cours (cas de récidive)	300.– amende 30.– taxes

Chaque demande de transmission du dossier au juge pénal se fait via l'Office cantonal de protection civile auprès du tribunal. Dès que quelqu'un s'est rendu coupable d'un délit, cela donne lieu à une plainte. Cette procédure a permis de faire exclusivement des expériences positives et il s'ensuit en principe une meilleure discipline d'incorporation.

Appenzell Rhodes-Intérieures

Dans le canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures (2 OPC) environ 2 personnes astreintes à servir dans la protection civile sont présentées chaque année au juge d'instruction cantonal pour ne pas avoir accompli leur obligation de servir dans la protection civile. Pour aucun de ces cas, il ne s'agit d'objection, mais de sanctions prises pour cause de négligence.
Nous sommes contents de ne pas avoir été jusqu'à maintenant confrontés au problème de l'objection.

Bâle-Ville

Le nombre des plaintes enregistrées chaque année contre des personnes qui ne se sont pas présentées au cours de protection civile est en forte recrudescence dans le canton de Bâle-Ville. De plus en plus de personnes astreintes ne croient pas à l'utilité de la protection civile et sont convaincues de bien agir en refusant de servir et d'apporter ainsi leur contribution au mouvement pacifiste. Faisant partie intégrante de la défense générale, la protection civile ne leur paraît pas être en mesure d'empêcher la guerre. Souvent, les personnes qui refusent de servir invoquent des slogans très en vogue, mais il s'avère très vite, après un entretien plus poussé, que ces belles paroles ne cachent en fait qu'une simple mauvaise volonté de la part de ces individus.
Seuls peu d'entre eux ont des convictions profondes et sont foncièrement antimilitaristes, autrement dit contre la protection civile en bloc, du fait qu'elle fait partie intégrante de la défense générale.
Une plainte est déposée au tribunal de police de Bâle-Ville lorsqu'une personne astreinte ne s'est pas présentée à deux reprises au cours, cette personne recevant néanmoins dès sa première absence un avertissement, dans lequel il lui est expressément indiqué quelles sont les conséquences d'une plainte en cas de récidive.

- En 1981, il y eut 12 personnes astreintes
- En 1982, il y eut 14 personnes astreintes et
- En 1983, il y eut 26 personnes astreintes qui, à la suite d'une plainte, furent condamnées à trois à cinq jours de détention sans sursis. Dans un certain nombre de cas isolés, les peines se réduisirent à des amendes de 80 à 100 francs, «sur la base de circonstances particulièrement atténuantes».

Berne

Nous n'avons pas d'aperçu exact du nombre des objecteurs refusant de servir dans la protection civile. La sanction et les condamnations en cas de deuxième récidive se fondent essentiellement sur les directives de l'Association bernoise des présidents de tribunaux relatives aux sanctions en matière d'affaires pénales dans le cadre de la protection civile.
Ces directives permettent aux tribunaux du canton de Berne et aux communes – sur nos recommandations – d'adopter une procédure unitaire. Cependant, comme l'exclusion est du ressort de la commune, celle-ci est parfaitement en droit de décider cette exclusion dès la première condamnation.
En règle générale, une plainte n'est déposée que si le prévenu a refusé avec préméditation d'être incorporé et si, en outre la personne astreinte à servir dans la protection civile admet qu'elle ne donnera pas suite à une mise sur pied de la protection civile après que la peine lui aura été infligée.
Aussi longtemps qu'une base légale n'existera pas, les communes ne disposeront que d'une marge réduite pour juger et nous estimons souhaitable qu'elle utilise cette marge de manœuvre avec bon sens et en toute conscience, au mieux des intérêts et des objectifs de la protection civile.
Comme nous le savons fort bien par expérience, une personne qui, par principe, refuse de servir dans la protection civile ne modifie pas sa position une fois qu'elle a purgé sa peine de détention sans sursis, et c'est tout naturellement que l'on procède à l'exclusion.

66 condamnations pour 275 000 personnes astreintes à servir dans la protection civile

hwm. Certes, la jurisprudence en matière de refus de servir dans la protection civile est l'affaire des cantons, mais l'Office fédéral de la protection civile reçoit généralement – avec un certain retard – les décisions prises par le juge. C'est ainsi qu'en 1982, il a enregistré 51 condamnations avec sursis et 15 sans sursis soit au total 66 condamnations – alors que 275 000 personnes sont astreintes à servir dans la protection civile. Il convient dans tous les cas d'apprécier ces chiffres avec prudence, car les condamnations comprennent la plupart du temps d'autres infractions que le refus de servir dans la protection civile. Les chiffres pour 1983 ne sont pas encore disponibles.

Directives de l'Association bernoise des présidents de tribunaux relatives aux sanctions applicables dans les affaires pénales concernant la protection civile

1. Non-incorporation par négligence

Première	Min. Fr. 100.–
Récidives	Doublement de l'amende, évent. emprisonnement.

2. Non-incorporation préméditée

2.1 Cas simples (art. 84 ch. 1)	Min. Fr. 250.– d'amende, ou bien le montant du gain touché par l'accusé durant le temps de service non assuré. Emprisonnement. Au cas où le sursis est accordé, le montant de l'amende reste encore à fixer.
2.2 Cas difficiles et cas où l'accusé a omis avec préméditation de se présenter une seconde fois.	
2.3 Accusés qui refusent par principe d'entrer dans la protection civile également à l'avenir	Condamnation avec emprisonnement sans sursis. Les actes d'accusation doivent être transmis aux autorités de la protection civile afin que celles-ci examinent l'éventualité d'une exclusion (art. 43, al. 2b)

Remarques

En cas de non-incorporation préméditée pour des raisons d'ordre financier, l'amende doit correspondre au gain touché par l'accusé durant le temps de service non assuré.

Fribourg

Nous n'avons pas à proprement parler enregistré de refus de servir dans la protection civile au cours des années 1982 et 1983. Il s'agit plutôt de réticences non pas à la réception du livret de service, mais lors de la réception de l'ordre de convocation. Les personnes concernées ont été l'objet d'une sanction administrative et ont en général donné suite à la deuxième convocation.

Tout est clair au niveau des sanctions administratives prévues par les dispositions pénales. En revanche, ce sont les présidents de tribunaux qui apprécient cas par cas sur le plan judiciaire. En effet, les communes ne disposent plus du pouvoir disciplinaire dans le canton, car ce pouvoir appartient à l'Office cantonal. Cela permet de tendre à une unité de doctrine.

Point 3

Après le deuxième défaut.

Point 5

Quant aux expériences faites, ce point est difficilement perceptible, étant donné que notre canton n'a été confronté à ce problème qu'à deux reprises.

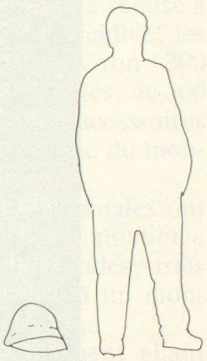
Genève

Dans le canton de Genève, on enregistre chaque année environ une dizaine de cas réels de refus de servir dans la protection civile, lesquels ont été présentés au tribunal civil. Les sanctions vont de 200 francs d'amende à 75 jours de détention, ces dernières concernant également d'autres délits. L'ensemble du problème est réglé au plan cantonal, autrement dit: en cas d'objection, la commune en appelle directement au canton. Dès qu'un refus de servir est réitéré, une plainte est déposée. En principe, un objecteur se voit infliger autant de jours de détention que de jours où il a refusé de servir. Compte tenu des 17000 services de protection civile effectués chaque année, le nombre des refus de servir est très minime – le problème ne revêt donc pas une ampleur significative.

Grisons

Dans le canton des Grisons, on enregistre chaque année quelque 30 délits sanctionnées d'une amende allant de 150 à 500 francs. Ce sont les communes qui demandent à l'Office cantonal de protection civile de déposer plainte.

Après avoir examiné le contenu de l'affaire, l'office dépose une plainte auprès des tribunaux de district compétents. Lorsqu'une personne astreinte à servir fait connaître par écrit son refus de servir avant l'incorporation, elle reçoit une explication sur la signification de l'obligation de servir et on attire son attention sur les conséquences judiciaires auxquelles elle doit s'attendre au cas où elle refuserait d'être incorporée. Si le délit d'objection est commis, une plainte est déposée. Cette façon de procéder a eu jusqu'à présent un effet positif sur la discipline d'incorporation.



Jura

Dans notre canton, les personnes qui refusent de servir dans la protection civile sont dénoncées au juge civil par les autorités communales. Les décisions du juge ne sont communiquées au canton et aux communes qu'à de rares exceptions. De ce fait, il ne nous est pas possible de vous communiquer de statistiques.

A notre connaissance, aucun cas d'objection n'a été enregistré jusqu'à présent.

Obwald

Le canton d'Obwald n'a jamais été confronté avec un cas de refus de servir dans la protection civile au sens où vous l'entendez dans votre sondage. Sur les quelque 1000 personnes astreintes à servir dans la protection civile, trois d'entre elles en 1982 et deux d'entre elles en 1983 ont fait l'objet d'une dénonciation, pour ne pas s'être rendues à un cours ou ne pas avoir assisté à un exercice. Leurs raisons sont essentiellement liées à une certaine négligence ou, selon leurs dires, parce que telle ou telle date ne leur convenait pas. Dans notre canton, toute infraction à la loi fédérale sur la protection civile et l'Ordonnance d'exécution de la loi d'application de la protection civile du 15 mai 1966 fait l'objet d'une sanction. Celle-ci s'élève chez nous à une amende allant de 300 à 600 francs assortie de la menace d'une peine de prison en cas de récidive.

Depuis que la protection civile existe,

Art. 84 [2)]

1. Infraction à la loi

1. Quiconque aura refusé de remplir les tâches qui lui incombent dans la protection civile, sans en avoir été dispensé ou sans raisons de santé,
Quiconque aura incité publiquement autrui à ne pas prendre part à des cours, exercices et autres formes d'activité de la protection civile, ou à ne pas observer les mesures ordonnées par les autorités,
Quiconque, intentionnellement ou par négligence,
a.[1)] N'aura pas donné suite à un ordre de marche ou aura quitté son service ou se sera soustrait de toute autre façon à l'obligation de servir dans la protection civile,
b. Aura dérangé ou mis en péril des cours, des exercices et d'autres formes d'activité, des constructions ou installations de la protection civile ou son intervention,
sera puni des arrêts ou de l'amende; dans les cas de très peu de gravité, une première condamnation pourra être remplacée par une réprimande infligée par l'autorité cantonale ou communale compétente.
2. Dans les cas graves, la peine sera l'emprisonnement, qui pourra être cumulé avec l'amende.
3. Pendant l'état de service actif, la peine pourra être l'emprisonnement et, dans les cas graves, la réclusion pour cinq ans au plus.
4. Est réservée la poursuite des actes punissables en vertu d'autres lois.

l'Office cantonal de protection civile n'a enregistré qu'un seul cas de récidive, lequel a été sanctionné d'une amende de 1000 francs et d'une peine d'emprisonnement avec sursis.
Dans notre canton, il existe une unité de procédure contre les infractions. Les responsables de cours sont tenus de signaler à l'Office cantonal les infractions à la loi sur la protection civile. Les autorités de la protection civile convoquent le contrevenant afin d'établir un procès-verbal d'interrogatoire (annexe). Celui-ci est transmis au tribunal en même temps que la dénonciation. Si la personne concernée ne se présente pas à l'interrogatoire, elle est convoquée directement par le tribunal, mais cette absence est également considérée comme un délit d'ordre disciplinaire.
Dans notre canton, tout refus de servir a fait l'objet d'une plainte.
Nous n'avons pas d'expérience précise à rapporter ici sur les réactions que pourraient avoir suscitées un refus de servir dans la protection civile. On peut plutôt dire que si l'on ne sanctionnait pas un objecteur, cela ne serait pas compris par les autres membres de la protection civile.

Schaffhouse

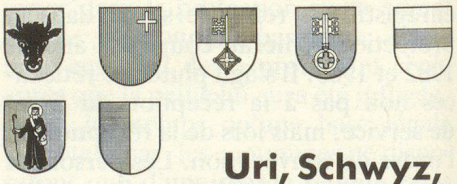
En 1982/1983, le canton de Schaffhouse a enregistré 16 cas d'absence et de refus. Les sanctions allèrent de 150 francs d'amende à 21 jours de prison sans sursis (dans ce dernier cas, d'autres délits furent également pris en compte comme, par exemple le non-paiement de la taxe militaire). Une directive cantonale est actuellement à l'étude. En règle générale, une plainte est déposée dès que l'absence ne correspond pas à un simple oubli, autrement dit quand la personne astreinte à servir refuse avec préméditation d'être incorporée.
La plupart du temps, la personne qui fait l'objet d'une sanction a compris dès ce premier épisode que l'affaire est sérieuse et revient dans le rang. Mais il existe aussi des «cas chroniques» où les autorités doivent infliger plusieurs peines. L'ultime sanction prise devrait être l'exclusion. Celle-ci n'est possible que si elle se fonde sur l'article 43, al. 2b de la Loi sur la protection civile; dès que l'article 63, lit. b de l'Ordonnance sur la protection civile peut entrer en ligne de compte, l'affaire devient problématique.

Soleure

Le canton de Soleure a enregistré au total 110 cas ayant fait l'objet d'une dénonciation en 1982. Parmi ces personnes, on en compte cependant beaucoup qui ont simplement oublié de se présenter au cours. Les sanctions prises à l'encontre des personnes dénoncées vont de 50 à 800 francs. Dans le canton de Soleure, une peine d'emprisonnement est prononcée lorsqu'une personne astreinte à servir refuse pour la quatrième fois d'être incorporée. Chaque année, 3 ou 4 personnes sont punies de détention. Les autorités cantonales soleuroises ont clairement réglé le problème de l'objection. Mais il est en général difficile de discerner qui est réellement objecteur et qui ne l'est pas; cela est notamment le cas des personnes qui sont punies d'amende.

Saint-Gall

Le nombre des personnes astreintes qui ne se présentent pas à un cours où n'assistent pas à un exercice se situe en deçà de la barre des 1/1000. C'est pourquoi nous ne sommes pas disposés à faire beaucoup de bruit autour de ce problème, autrement dit le monter en épingle. Les dispositions quant aux sanctions n'ont pas à être discutées, elles sont clairement réglementées dans la Loi sur la protection civile.



Uri, Schwyz, Obwald, Nidwald, Zoug, Glaris, Lucerne

Le Groupe de travail «Suisse Centrale» (AGI), dont font partie les cantons UR, SZ, OW, NW, ZG, GL et LU, a également discuté lors de sa dernière assemblée de votre sondage concernant le refus de servir dans la protection civile. Il s'est avéré que, dans les sept cantons mentionnées, aucun cas d'objection réelle n'est connu à ce jour. Cela ne signifie pas pour autant que, dans ces cantons, personne n'a fait l'objet d'une sanction au sens de l'article 84 de la Loi sur la protection civile, pour absence à un cours ou à un exercice. Cependant, aucun cas dont le motif de la sanction est le refus de servir dans la protection civile n'a été signalé aux chefs cantonaux de l'AGI.

Vaud

«Nous avons enregistré environ 170 cas de refus de servir dans la protection civile en 1982 et 1983.
Les sanctions prononcées sont soit des

amendes dont les montants varient entre 100 et 500 francs, soit des peines privatives de liberté pouvant aller jusqu'à dix jours (cela se produit quatre ou cinq fois par an).
La répression des infractions à la législation sur la protection civile a lieu conformément aux règles cantonales ordinaires en matière de répression des contraventions et autres infractions.
Le Ministère public, auquel les cas sont dénoncés, les défère aux autorités compétentes selon le droit de procédure cantonale (loi du 10 novembre 1969 sur la répression des contraventions et code de procédure pénale).
Le recours en matière d'incorporation est transmis en temps utile au Service cantonal de la protection civile qui statue définitivement.
Ce domaine concerne seulement les communes. Nous n'avons pas connaissance des suites après une réprimande ou une condamnation sur l'esprit de discipline des requis.»

Zurich

«Cela fait des années que nous faisons des statistiques sur le nombre des dispositions pénales prises par les tribunaux sur la base des dénonciations adressées par les communes ou notre administration quant au non-respect de mises sur pied ordonnées légalement, respectivement au fait que les personnes concernées ont refusé d'être incorporées au cours de protection civile selon l'article 53/54 de la Loi sur la protection civile.
Tout d'abord, il faudrait commencer par donner une définition de la notion de «refus de servir dans la protection civile». Nous partons de l'idée que l'on ne peut parler réellement d'«objection» que si une personne astreinte, ayant purgé une première peine d'emprisonnement, ne donne pas suite à une nouvelle mise sur pied et s'expose ainsi à une nouvelle peine de détention, en tout cas la prison.
En pratique, quelqu'un qui a omis de se laisser incorporer est dénoncé au poste de police cantonale compétent par la commune (ville de Zurich: police municipale), le Conseil communal, la Commission de la protection civile ou, dans un nombre restreint de cas, l'Office communal de protection civile en sa qualité d'organe exécutif du législateur. Le fonctionnaire de police habilité à s'occuper de l'affaire interroge ensuite le prévenu et lui fait part de la dénonciation adressée à la préfecture compétente. A la suite de quoi les actes d'accusation – dénonciation par la commune et procès-verbal de l'interrogatoire du poste de police – sont transmises par la voie hiérarchique au préfet. En outre, notre office adresse ses demandes de plaintes relatives aux personnes qui ont refusé d'être incorporées aux cours cantonaux, respectivement fédéraux, directement à la préfecture compétente. Celle-ci transmet la plainte au commandement de police à l'attention du poste de police compétent afin que le prévenu soit entendu. Ensuite, le préfet prononce la condamnation, respectivement fixe l'amende à un montant allant d'environ 150 à 180 francs, plus environ 70 à 100 francs d'émoluments et de frais d'écriture, frais de remise à domicile, etc. En cas de récidive, les amendes s'élèvent à environ 300 francs, dans certains cas isolés, de 500 à 1000 francs, plus les frais accessoires d'environ du tiers à la moitié du montant de l'amende.
En 1982, les autorités cantonales ont prononcé en tout 750 condamnations, dont le montant des amendes, frais accessoires inclus, s'éleva à un montant d'environ 220000 francs.
Des peines d'emprisonnement allant de 2 à 10 jours ont été prononcées dans 10 cas, les condamnés ayant en outre à s'acquitter de frais accessoires d'un montant pouvant atteindre 1000 francs.
L'année 1983 reflète dans une large mesure les cas ayant donné lieu à des sanctions l'année précédente.
Notre direction militaire cantonale a précisé dans les «Instructions pour l'organisation et l'exécution de la protection civile» WAV-ZS, nouvelle version du 1er janvier 1982, qui ont été distribuées à tous les responsables de la protection civile dans les communes et les entreprises et qui sont de temps à autre révisées par notre office, sous le chiffre 17 «Dispositions pénales» et chiffre 448 «Infractions aux règlements» les articles 48 et suivants de la Loi sur la protection civile.
On ne prononce que de façon sporadique des avertissements; en règle générale, nous transmettons une dénonciation. Le législateur se donne ici une certaine marge de manœuvre. Mais nous nous posons sérieusement la

Cinq questions

hwm. La rédaction de la revue *Protection civile* a posé à tous les offices cantonaux cinq questions sur le thème «refus de servir dans la protection civile»:

1. Avez-vous une idée exacte du nombre des refus de servir dans la protection civile enregistrés en 1982 et 1983? Et de quel ordre avaient été, dans chaque cas, les sanctions prononcées?
2. Est-ce que les autorités de votre canton auraient déjà tout mis en œuvre pour adopter une procédure unitaire? Est-ce que les communes responsables peuvent s'appuyer sur des directives cantonales à cet égard?
3. A quel moment une plainte en matière d'objection est-elle généralement déposée dans votre canton?
4. Est-ce que des efforts seraient actuellement entrepris afin de résoudre ce problème à l'échelle de toute la Confédération en se fondant sur les mêmes critères de jugement?
5. Quelles expériences ont été faites dans les différentes communes lorsqu'un objecteur ayant refusé de servir dans la protection civile a été condamné? Quel effet cette sanction a-t-elle pu avoir sur l'esprit de discipline de ceux qui étaient incorporés après un tel événement?

Les réponses à la quatrième question concernant une solution à l'échelle fédérale sont indiquées à part et ne sont donc pas contenues dans les exposés des offices cantonaux.

DESSINATEUR ET ANTIPROTECTION CIVILE

4 jours d'arrêts ferme pour Pierre Reymond

Il est allergique à la protection civile : « Elle est soporifique, anesthésiante. De plus, c'est une farce grossière et un leurre dangereux. On laisse croire aux gens qu'après un cataclysme nucléaire il suffira de sortir de son abri pour remettre en route le confort suisse. « A sa troisi[illegible] parution devant le Tribunal de police, Pierre Reymond, le dessin[illegible] *une de Genève*, a écopé hier de 4 jours d'arrêts ferme.

Condamné à 200 francs d'amende il y a 15 mois, condamné en mai dernier à 2 jours d'arrêts avec sursis, persistant dans son refus de « servir à rien », donc récidiviste, Pierre Reymond collectionne les condamnations, perd le bénéfice du sursis et « prend » maintenant 2 jours supplémentaires. « Je paie pour rien. La protection civile ne va pas changer, moi non plus ! »
A l'audience, le prévenu se fait un plaisir de citer l'amiral Antoine [illegible] netti : « Le gros ava[illegible] l'abri antiatomiqu[illegible] qu'il aura permis [illegible] ques-uns d'entendre [illegible] truction de l'humanit[illegible] radio. « Parce que sa rais[illegible] à lui de refuser les cours de protection civile c'est qu'« elle n'a de civil que le nom » et que « la Confédération ne fait rien pour promouvoir la paix ». Conclusion : il s'obstine à refuser les cours et renvoie la balle dans le camp de la PC. [illegible] lant le cours [illegible] n, j'ai passé 5 [illegible] ne variante du [illegible] alan alors que [illegible] ai l'habitude de [illegible] che très bien. » [illegible] protection civile est régie par une loi fédérale. Et Pierre Reymond de poser la question (une des 25 questions qu'il a adressées il y a un an à la PC) : « Pourquoi la PC, en cas de procès devant le Tribunal de police, reste-t-elle coite ? [illegible] loi (antidémocratique) faite sur mesure ? » Et, dans la foulée, un échantillon des autres interrogations : « Pourquoi a-t-on convoqué des membres de la PC pour servir de valets de chambre aux gymnastes lors de la Fête de gymnastique ? Pourquoi les civières sont-elles trop courtes pour des gens de plus de 1 m 70 ? Comment allez-vous aménager les abris et y faire descendre la population en un quart d'heure en cas d'attaque nucléaire surprise ? » Pierre Reymond aurait pu ajouter : n'est-ce pas faire preuve de cruauté [illegible]

(Le matin)

question de savoir si le non-respect d'une mise sur pied peut être considéré comme un «cas bénin».
En général, une menace de «peine d'emprisonnement en cas de récidive», telle qu'elle est formulée sur l'acte de condamnation exerce un effet salvateur. Mais de telles menaces lourdes de conséquences ne figurent que sur le deuxième, voire le troisième acte de condamnation.»

Art. 85

2. Infractions aux dispositions d'exécution

[1]Quiconque aura contrevenu intentionnellement aux prescriptions édictées par le Conseil fédéral en exécution de la présente loi sera puni de l'amende jusqu'à 200 francs et en outre des arrêts dans les cas graves ou en cas de récidive.

[2]Dans les cas de très peu de gravité ou lorsque l'auteur aura agi par négligence, une première condamnation pourra être remplacée par une réprimande infligée par l'autorité cantonale ou communale compétente.

[3]Pendant l'état de service actif, la peine pourra être l'emprisonnement.

Art. 86

3. Poursuite pénale

[1]La poursuite et le jugement des actes réprimés par la présente loi incombent aux cantons.

[2]Tout jugement et toute ordonnance de non-lieu sera communiqué en expédition intégrale et sans frais au Ministère public fédéral.

A propos des solutions possibles pour les cantons.

Réglementation uniforme: un vœu pieux?

hwm. Les cantons présentent une image pluraliste, même en ce qui concerne la question de rechercher une réglementation quelque peu uniforme en matière de refus de servir en Suisse: tel est le résultat que l'on tire des réponses données par les offices cantonaux, à une question posée par la revue *Protection civile*. Néanmoins, les cantons, qui doivent faire face le plus souvent à des problèmes de refus de servir et de discipline, souhaitent que soit adoptée une ligne uniforme pour l'ensemble de la Suisse, ce qui est possible uniquement par la mise en vigueur d'une disposition prise au niveau de la loi. Nous vous renseignons ci-après sur quelques-unes des réponses les plus significatives.

L'Office cantonal de la protection civile de Bâle-Ville n'est guère optimiste en ce qui concerne l'unité de doctrine pour apprécier les demandes de la protection civile: «Nous n'avons pas connaissance d'entretiens, à tout le moins pas officiels, en vue de rechercher des solutions applicables à toute la Suisse. Compte tenu des attributions des cantons, cette unité de doctrine a de fortes chances de rester un éternel vœu pie, si tant est qu'elle soit souhaitée!»
L'Office bâlois de la protection civile estime qu'il vaut la peine de rechercher cette unité de doctrine, car le départ ou l'arrivée dans les communes de personnes astreintes à servir dans la protection civile qui ont déjà été condamnées pourrait devenir prochainement d'une actualité plus grande que ce n'est le cas actuellement: «Il faudrait promouvoir une solution contraignante sur le plan suisse pour les personnes refusant de servir, qui se laissent condamner pour leurs convictions à cinq à sept mois de prison. Un condamné qui a exécuté sa peine peut servir dans la protection civile et n'est pas inapte comme beaucoup de gens le croient! Il doit donc recevoir un ordre de marche pour les cours de protection civile. Il sera cité à comparaître et condamné s'il ne donne pas suite à deux ordres de marche consécutifs. C'est sur ce point que la pratique est mise en cause:

- La personne astreinte à servir est-elle récidiviste, doit-elle donc être condamnée une seconde fois pour la même infraction (refus d'une entrée en service, refus de servir)?
- Le fait de ne pas entrer en service constitue-t-il le début d'un nouvel acte répété à caractère pénal, conduisant à une condamnation?

Un cas qui vient d'arriver dans notre canton nous offre actuellement l'occasion de demander qu'une même pratique uniforme soit établie dans toute la Suisse.» Voilà donc ce que pense à ce sujet l'Office cantonal de la protection civile de Bâle-Ville.
D'autres cantons ne seraient «pas mécontents» d'une réglementation uniforme, tout en soulignant simultanément qu'il faut préserver les barrières du fédéralisme (Schaffhouse). A ce sujet, l'Office de la protection civile du canton de Berne estime que la question devrait à l'occasion être réglée, sur le plan de la loi, comme dans l'armée, et que la pratique suivie par cette dernière a fait ses preuves.
Par la nature des choses, ce sont en premier lieu les petits cantons qui ne voient pas pourquoi il faut modifier les dispositions actuelles, parce qu'ils ne sont confrontés qu'à un petit nombre de cas et qu'ils tiennent ces cas isolés bien en main. Voilà ce que nous communique le chef de la protection civile d'Obwald, Monsieur Bruno Bruch, qui déclare expressément: «Nous ne voyons pas de raisons de modifier notre pratique, qui a fait ses preuves. Nous estimons que nous pouvons maîtriser ce problème dans notre canton où l'office intéressé soutient et appuie avec vigueur les objectifs de la protection civile. En sa qualité de pilier essentiel de la défense générale, la protection civile doit imposer la même discipline que celle en vigueur dans notre armée.»

Et la discipline?

Le problème de la discipline préoccupe, semble-t-il, également les professionnels de l'Office de la protection civile des Grisons, à Coire: en effet, Monsieur Asbjorn Sjursen, adjoint à cet office, déclare ce qui suit:
«Il manque à la protection civile des bases juridiques concrètes et des dispositions d'exécution pour pouvoir traiter les cas disciplinaires lors du fonctionnement du service. Il faut souligner de façon claire et nette que si l'armée ne peut pas renoncer à prendre des mesures disciplinaires devant être exécutées hic et nunc, pourquoi la protection civile, qui doit accomplir une tâche au moins aussi difficile en faveur de la communauté, ne pourrait-elle pas prendre des mesures disciplinaires?
Le cadre dirigeant de la protection civile doit défendre actuellement une position extrêmement délicate. En effet, du fait que la protection civile exerce ses activités principalement dans la commune, il lui manque la distance naturelle et saine que devrait avoir le supérieur par rapport à ses subordonnés. Le cadre de milice doit très souvent ordonner des mesures impopulaires, qui ne sont pas prises au sérieux par les subordonnés, en vertu d'un esprit de camaraderie mal compris ou qui ne sont tout simplement pas appliquées par les personnes astreintes à servir dans la protection civile. Il faut dès lors trouver des moyens pour sanctionner les contrevenants sans qu'il n'en résulte une charge trop lourde pour l'administration.»

L'OFPC se prononce sur des questions en relation avec le refus de servir:

«Au plus, grâce à une modification légale . . .»

«En vertu du principe de la séparation des pouvoirs, la protection civile, en tant qu'autorité administrative, ne peut pas exercer une influence sur la décision du juge. Mais on pourrait dans tous les cas l'imaginer moyennant une modification de la loi, ce qui ne semble cependant guère indiqué.» Telle est l'attitude qu'adopte l'Office fédéral de la protection civile dans une interview accordée à Heinz W. Müller, rédacteur de la revue *Protection civile.*

Protection civile: Chaque année, plusieurs personnes sont condamnées pour refus de servir dans la protection civile, alors qu'elles ont déjà passé plusieurs mois en prison pour avoir refusé le service militaire et ont été ensuite exclues de l'armée. Quelles sont les dispositions juridiques qui «justifient» cette «double condamnation»?

L'expression «double condamnation» que vous utilisez dans votre question n'est exacte qu'à certaines conditions. Le service civil n'a en effet pas le même caractère que le service militaire. On ne peut pas par conséquent affirmer que la protection civile a une tâche active dans la guerre. Certes, aux termes de l'article premier de la loi sur la protection civile (LPC), elle fait partie de la défense générale, mais elle a pour objectifs de protéger, de sauver et de soigner les personnes et de protéger les biens en prenant des mesures bien définies pour prévenir et atténuer les effets des conflits armés. Elle n'a pas la mission de combattre et n'est pour cette raison même pas armée. On peut dire, dans une certaine mesure, que la protecton civile exerce une fonction expressément humanitaire et contribue de la sorte précieusement à garantir la paix.

Depuis plusieurs années déjà, l'Office de la protection civile recommande aux chefs d'office cantonal de la protection civile de considérer comme inaptes au service, au sens de l'article 41, 1er alinéa LPC, les objecteurs de conscience qui ont été condamnés à la détention ou à l'emprisonnement par un tribunal militaire et ont été exclus de l'armée, si ceux-ci refusent pour des motifs semblables, de servir dans la protection civile. Quelques cantons appliquent depuis lors cette recommandation, d'autres vont encore plus loin et excluent relativement rapidement les personnes qui refusent de servir dans la protection civile pour des motifs d'ordre politique. En revanche, d'autres cantons se montrent opiniâtres et durs.

La protection civile ne connaît pas le droit pénal disciplinaire, tel que le prévoit le règlement de service dans l'armée. En d'autres termes, les cas disciplinaires sont dévolus au juge civil compétent. Les décisions pénales communiquées au Ministère public ne permettent la plupart du temps pas de déterminer sur la base de quels faits punissables ont été arrêtées les condamnations. Si l'on prend en considération les rapports de la presse et les communications des offices cantonaux de la protection civile, on peut en déduire que jusqu'ici le nombre des cas véritables de refus de servir est resté relativement insignifiant. Il s'agit la plupart du temps de personnes qui ne sont pas disposées à s'intégrer à notre ordre social ou qui rejettent nos institutions démocratiques. Pour autant que cela se sache, les personnes incriminées ont été condamnées, la première fois, à l'amende, à la détention ou à l'emprisonnement par les tribunaux pénaux civils compétents, à chaque fois, après appréciation des faits punissables et en tenant compte du comportement auquel on pouvait s'attendre de leur part. Partout, les peines pour récidives ont été sensiblement plus graves.
En 1980, l'Office fédéral de la protection civile a recommandé aux cantons d'exclure de la protection civile les personnes qui avaient refuser de servir à réitérées fois, en leur appliquant l'article 43 LPC, en relation avec les articles 62 et 63 de l'Ordonnance sur la protection civile (OPC), pour incapacité, éventuellement pour inaptitude ou pour raisons de santé en se fondant sur une attestation médicale.

De nombreux responsables de la protection civile estiment que ces différences entre les cantons sont extrêmement précaires et demandent que la Confédération se charge de régler la question.

La Confédération fixe l'ensemble des peines applicables aux cas de refus de servir dans la protection civile (art. 84 LPC). Il appartient aux tribunaux d'appliquer ces dispositions. En vertu du principe de la séparation des pouvoirs, la protection civile en tant qu'autorité administrative ne peut pas exercer une influence sur la décision du juge. Mais on pourrait dans tous les cas l'imaginer moyennant une modification de la loi, ce qui ne semble cependant guère indiqué.

Pour terminer, voici encore une question qui revêt un caractère quelque peu différent: il y a peu de temps, le peuple suisse a exprimé clairement sa volonté de rejeter l'initiative pour un service civil. Mais cela n'a pas contribué, tant s'en faut, à évacuer le problème. L'OFPC étudie-t-il éventuellement la possibilité d'un service de remplacement pour les gens qui refusent de faire leur service militaire, et peut-on trouver de toute autre manière un moyen d'offrir aux objecteurs une alternative meilleure que la prison?

Le choix d'un «service de remplacement pour ceux qui refusent le service militaire» ne relève pas de la compétence de l'Office fédéral de la protection civile (OFPC). Il appartient au Parlement et au Conseil fédéral de dire comment et sous quelle forme un tel service de remplacement pourrait éventuellement être effectué. Mais il paraît dans tous les cas peu vraisemblable que l'on puisse fournir à la protection civile «des prestations de service de remplacement», tant il est vrai que les possibilités d'engagement des personnes astreintes à servir dans la protection civile sont limitées en temps de paix.
La meilleure des alternatives pour celui qui refuse de servir dans l'armée nous paraît être la prestation du service de protection, précisément en raison du caractère de la protection civile.

REFUS DE SERVIR LA PC
Caricaturiste condamné

Le dessinateur humoriste de la *Tribune de Genève* Pierre Reymond a été condamné hier, par le Tribunal de police de Genève, à une peine de deux jours d'arrêts pour avoir refusé d'effectuer son exercice de Protection civile 1983. C'est la deuxième fois que le dessinateur est condamné. Le 25 mai dernier déjà, [illegible] de police lui avait infligé deux jours d'arrêts avec sursis pendant un [illegible] à son exercice de Protection civile 1982. [illegible] jours d'arrêts que

Commentaires

On peut trouver une solution élégante

Section 3: Exclusion

Art. 63 Motifs d'exclusion (art. 43, 2e al.)

Sont exclus du service de la protection civile:
a. Les incapables;
b. Les personnes condamnées à la réclusion ou à l'internement;
c. Les chefs placés sous tutelle.

«Il s'agit d'éviter que la protection civile ne soit embrigadée dans la systématique du refus de servir pour des raisons de conscience et que les tribunaux civils soient confrontés avec les problèmes quasiment insolubles que représente l'objection de conscience. C'est pourquoi nous recommandons qu'à l'avenir, ceux qui refusent de servir pour des motifs relevant de leur conscience et qui sont condamnés à la détention ou à l'emprisonnement de ce chef par un tribunal militaire et exclus de l'armée soient déclarés inaptes au service au sens de l'article 4, 1er alinéa, de la LPC, lorsqu'ils refusent également de servir dans la protection civile pour les mêmes motifs. Dans ce cas, il conviendrait de ne pas les incorporer ou de les libérer de l'obligation de servir dans la protection civile.»

L'Office fédéral de la protection civile a donné cette recommandation il y a plusieurs années déjà. Mais la pratique suivie par les cantons se présente tout autrement: alors qu'un petit nombre de cantons, suivant la recommandation de l'OFPC, donne une solution «élégante» au problème de celui qui refuse de servir dans la protection civile et libère rapidement l'objecteur de conscience, d'autres cantons font une application rigoureusement restrictive de cet article et prennent des mesures énergiques, avec l'arrière-pensée que c'est la seule manière de résoudre ce problème – qui n'est heureusement pas encore trop important – et de tenir fermement pour prévenir une avalanche possible de refus de servir.

On peut aisément comprendre que le défaut d'unité de doctrine en cette matière va à fin contraire et fournit des arguments aux cercles de personnes qui critiquent et rejettent la protection civile de façon générale à chaque occasion. Une pratique uniforme dans le domaine de la répression du refus de servir et dans l'exclusion de la protection civile, permettrait précisément de couper l'herbe sous les pieds de ceux qui refusent la protection civile. Mais aussi longtemps qu'un objecteur de conscience, prêt à toute publicité pour sortir de sa situation inconfortable, se verra libéré du service de la protection civile dans un canton sans avoir à payer cher en contrepartie, alors que dans le canton voisin il se retrouvera derrière les barreaux parce qu'on y recourt aux dernières extrémités, la protection civile offrira à ses opposants des moyens de la critiquer.

C'est pourquoi la situation actuelle et la raison postulent que tous les spécialistes et tous les juristes préoccupés par l'avenir de la protection civile s'asseoient à table pour chercher comment traiter d'une façon quelque peu uniforme les problèmes du refus de servir. Il ne s'agirait pas d'un ukase venu d'en haut, mais d'une manière élégante de résoudre ce problème qui ne devrait pas exister.

Heinz W. Müller

Dall'inchiesta presso i cantoni una chiara immagine. Rifiuto di servire nella protezione civile:

Urgente una soluzione a livello federale

L'iniziativa per un vero servizio civile è dal popolo svizzero stata respinta nel mese di febbraio scorso a maggioranza schiacciante. Con questo non sono però risolte tutte le questioni. Anche i responsabili della protezione civile incontrano difficoltà con quanti, già obiettori di coscienza nei confronti dell'armata, rifiutano di prestare servizio pure presso i caschi gialli. Espressione di disapprovazione tra alcuni responsabili della protezione civile soprattutto perché, in relazione alla misura della pena e al momento del l'esclusione della protezione civile vigono, nel nostro Paese, soluzioni addirittura diametralmente opposte: mentre alcuni cantoni reprimono duramente giusta la legislazione federale, altri cantoni passano con «liberalità» sulla questione. Durante l'inchiesta che ha servito al presente articolo, al redattore di *Protezione civile* è stato risposto da parte di diversi cantoni: «Non conosciamo questi problemi. Noi non abbiamo obiettori.» La breve relazione che segue vuole indicare obiettivamente gli estremi della questione e, se possibile, fare in modo che nonostante la sovranità cantonale si abbia, in un prossimo avvenire, ad attuare una prassi in qualche modo unitaria a livello federale.

L'inchiesta presso gli uffici cantonali della protezione civile mostra come, a proposito del rifiuto di servire nella protezione civile, esiste un'insicurezza che sarebbe possibile espungere in larga misura ove si adottasse una regolamentazione federale. Kurt Stettler, aggiunto dell'Ufficio della protezione civile del cantone di Zurigo scrive quanto segue: «La cosa che molto ci preoccupa è la procedura dell'esclusione nei confronti degli «obiettori» effettivi che rifutano di servire nella protezione civile. Chi rifiuta di prestare servizio militare è di regola punito con una pena di detenzione da tre a sei mesi per poi essere condannato all'esclusione dall'esercito. Come reagire nei confronti di chi rifiuta di prestare il servizio di protezione civile? Bastano da due a dieci giorni di detenzione per giustificare l'esclusione? La possibilità è effettivamente data, potendosi basare sull'articolo 43 capoverso 2 lettera b LPCi che prevede «l'indegnità» quale motivo d'esclusione, in relazione all'articolo 63 OPCi. In tale contesto, manca una direttiva determinante per tutti i cantoni.» La necessità di una soluzione federale è auspicata dai responsabili della protezione civile le cui organizzazioni sono ubicate soprattutto in grossi agglomerati – là dove, cioè, la non entrata in servizio, rispettivamente il rifiuto di servire risalta in misura molto minore in ragione dell'anonimità, che non nei comuni rurali. In quest'ultimi, la questione riveste proporzioni minime, grazie alle relazioni personali e all'atteggiamento positivo dei chiamati che rendono la situazione molto più chiara, come ci

ha scritto, ad esempio, Werner Roduner, dell'Ufficio cantonale della protezione civile dell'Appenzello Esterno: «Siamo felici di poter dire che sinora non siamo stati confrontati con il problema dell'obiettore.» Tuttavia, anche cantoni nei quali il problema si pone sarebbero sodisfatti di poter ricorrere a una procedura meno complicata nei casi di rifiuto di servire nella protezione civile, come rivela la lettera dell'Ufficio cantonale della protezione civile dei Grigioni. Il direttore della sezione Grigioni, Asbjorn Sjursen, rileva: «Occorre ricercare i mezzi atti a sanzionare le contravvenzioni, senza dover ricorrere a un pesante apparato amministrativo».

I cantoni a proposito delle possibili soluzioni

Regolamentazione unitaria – un pio desiderio?

Specchio non uniforme dei cantoni – anche in merito alla questione dell'auspicabilità di una disciplina pressochè unitaria del problema del rifiuto di servire in Svizzera: questo è quanto risulta dall'esame delle risposte degli Uffici cantonali alla pertinente domanda che era stata posta loro dalla rivista «*Protezione civile*». Tuttavia: sono soprattutto i cantoni più spesso confrontati con la problematica dell'obiezione e disciplinare a chiedere un'unità di condotta per tutta la Svizzera, il che unicamente sarebbe possibile attuare a livello legislativo. Seguono alcune delle risposte più interessanti.

L'Ufficio cantonale della protezione civile di Basilea Città, a proposito dell'«uniformità» in materia di punizione di obiettori della protezione civile, si dà poco ottimista: «Non siamo a conoscenza di soluzioni valide per tutta la Svizzera, almeno non ufficialmente. In base alle competenze cantonali, tale possibilità resterà certo sempre un pio desiderio – e poi, è proprio necessario cercare una soluzione unitaria?»
Secondo il parere dell'Ufficio di protezione civile della città di Basilea, l'uniformità della prassi in tale materia sarebbe invece auspicabile, dato che gli arrivi e le partenze dai comuni di persone astrette alla protezione civile, già punite, potrebbe in avvenire farsi sempre più attuale: «Per gli obiettori che per motivi di coscienza si lasciano condannare a 5–7 mesi di prigione, sarebbe necessario procedere a una soluzione che vincoli tutti i cantoni svizzeri. Una persona condannata e che abbia già scontato la pena, diviene obbligata a prestare servizio nella protezione civile – essa in effetti, non è indegna, come molti credono! Essa viene allora chiamata a prestare tale servizio. Dopo la seconda volta che non darà seguito alla chiamata, sarà denunciata e condannata. E proprio in questo punto si pone ora nella prassi, la questione seguente:

- La persona astretta a servire è ora recidiva, viene cioè condannata la seconda volta per lo stesso reato (non entrata in servizio, rifiuto di servire)?
- Il fatto di non entrare in servizio costituisce l'inizio di un nuovo atto punibile, ripetibile, che si presenta a una nuova condanna?

Un caso pendente presso i nostri servizi è per noi occasione di chiedere che si abbia a ricercare una pratica valida per tutto il Paese». Per quanto concerne l'Ufficio della protezione civile della città di Basilea.
Altri cantoni non sarebbero «scontenti» se si potesse adottare una regolamentazione unitaria, non tralasciando tuttavia di rilevare, nel contempo, le barriere imposte dal federalismo (Sciaffusa). L'Ufficio della protezione civile del cantone di Berna osserva a tal propositio: «La questione dovrebbe all'occasione essere disciplinata – come per l'esercito – a livello legislativo».

«In pratica, soluzioni attendibili...»

È nella natura della materia che soprattutto i piccoli cantoni non abbiano motivo di modificare le attuali disposizioni legislative, poichè è evidente che questi sono in misura soltanto minima confrontati con tale problematica e che per loro il «caso singolo» non costituisce una difficoltà insormontabile. Questo è quanto ci scrive il direttore del KAZ Untervaldo Soprasselva, Bruno Burch: «Non vediamo motivo alcuno di modificare la nostra pratica che ha dato buone prove. Siamo del parere che la considerazione di cui gode la protezione civile in questo cantone, appoggiata e promossa fattivamente dalle istanze cantonali, permetta di risolvere anche i problemi. La protezione civile, importante colonna della difesa integrata del nostro Paese, deve sottostare alla stessa disciplina che regge il nostro esercito».

«E la disciplina?»

A proposito della disciplina: questa problematica preoccupa evidentemente gli specialisti della protezione civile del KAZ Grigioni a Coira: Asbjörn Sjursen, aggiunto, osserva a questo proposito: «All'organizzazione di protezione civile mancano basi legali concrete e disposizioni d'esecuzione per il trattamento dei casi disciplinari che possono aversi nello svolgimento del servizio. Occorre dirlo una volta per tutte, chiaro e netto: se l'esercito non può rinunciare a misure disciplinari che devono essere imposte subito, sul posto, perchè anche la protezione civile che deve adempiere un compito altrettanto impegnativo nel suo complesso, non dovrebbe poter disporre l'applicazione di provvedimenti disciplinari?
I quadri direttivi della protezione civile devono difendere oggi una posizione particolarmente delicata. Dato che la protezione civile si svolge precipuamente entro i limiti del comune, viene a mancare una sana e naturale distanza fra sottoposti e preposto. Spesso i quadri della milizia devono adottare misure impopolari che poi non vengono eseguite, per un senso mal compreso di camerateria o la cui realizzazione viene semplicemente rifiutata dalla persona astretta all'obbligo di protezione civile. Occorre di conseguenza trovare mezzi e vie per sanzionare le contravvenzioni al servizio senza per questo dover mettere in moto un apparato amministrativo ingombrante».

GENÈVE 11

Pierre Reymond au Tribunal de police

Quatre jours d'arrêt

Et de trois! Car c'est pour la troisième fois que Pierre Reymond se retrouvait devant le Tribunal de police pour avoir refusé de participer à la protection civile. Jusque-là, le dessinateur bien connu n'avait récolté qu'une amende de 200 francs (août 1982) et 2 jours d'arrêt avec sursis pendant un an (mai 1983). Pierre Reymond avant récidivé l'année n'était pas encore

L'Ufficio federale della protezione civile a proposito delle questioni d'ordine giuridico in relazione all'obiezione:

«Tutt'al più la via della revisione della legge...»

«Secondo il principio della separazione dei poteri, la protezione civile, in quanto autorità amministrativa, non può esplicare influsso alcuno sulla valutazione del giudice. Ciò sarebbe tutt'al più possibile per la via di una revisione della legge, il che non sembra tuttavia indicato.» Questo è l'atteggiamento dell'Ufficio federale della protezione civile in un'intervista rilasciata al redattore della rivista *«Protezione civile»*, signor Heinz W. Müller.

Protezione civile: Ogni anno diverse persone vengono condannate perchè si rifiutano di prestare servizio di protezione civile, nonostante abbiano – come obiettori al servizio militare – trascorso in carcere già parecchi mesi e siano in seguito stati esclusi dall'esercito. Quali basi legali «giustificano» questa «doppia punizione»?

L'espressione «doppia punizione» è, in relazione alla sua domanda, soltanto limitatamente esatta. Il servizio di protezione non riveste lo stesso carattere del servizio militare. Di conseguenza non è possibile affermare che la protezione civile abbia, in un evento bellico, compiti «attivi». Giusta l'articolo 1 della legge federale sulla protezione civile (LPCi), la protezione è invero parte della difesa nazionale, avendo tuttavia il compito di proteggere, di salvare e di soccorrere le persone e di proteggere i beni mediante misure destinate a evitare o ad attenuare le conseguenze delle azioni belliche. Essa non ha compiti di combattimento ed è di conseguenza non armata. In tale misura la protezione civile riveste funzione prettamente umanitaria e presta di conseguenza un contributo molto valido alla tutela della pace.

L'Ufficio federale della protezione civile raccomanda ai capi cantonali della protezione civile, e questo già da alcuni anni, quanto segue: «Considerare gli obiettori di coscienza che siano stati giudicati da un tribunale militare e condannati alla detenzione o alla prigione e siano in seguito stati esclusi dall'esercito, come non abili ai sensi dell'articolo 41 capoverso 1 LPCi, ove per gli stessi motivi rifiutino anche di prestare servizio nella protezione civile». Alcuni cantoni applicano questa raccomandazione, alcuni vanno persino oltre ed escludono relativamente presto anche coloro che rifiutano di servire nella protezione civile per motivi d'ordine politico. Altri cantoni sono invece irremovibili e severi.

La protezione civile non conosce diritto penale disciplinare come lo ha invece l'esercito nel regolamento di servizio. I casi disciplinari devono, in altri termini, essere demandati al giudice penale civile. Dalle decisioni penali comunicate al Ministero pubblico della Confederazione non si può in genere rilevare sulla base di quale fattispecie penale siano avvenute le relative condanne. In base alle relazioni apparse nella stampa come pure alle comunicazioni a cura degli Uffici cantonali della protezione civile, si può osservare che il numero di coloro che rifiutano di prestare il servizio di protezione civile è finora relativamente insignificante: si tratta per lo più di persone non disposte a integrarsi nell'ordinamento della società, o che, risp. ricusano le nostre istituzioni democratiche. Per quanto è dato sapere, le persone interessate sono in genere state condannate – dopo aver riconosciuto di aver compiuto l'atto punibile e potendosi dagli stessi attendersi un ripensamento del loro atteggiamento – la prima volta a una multa, alla detenzione o alla prigione. Nel caso di recidiva le pene sono di parecchio più severe.
L'Ufficio federale della protezione civile ha raccomandato ai cantoni, nell'anno 1980, di escludere dalla protezione civile quanti sono recidivanti nel rifiuto di prestare servizio di protezione, sulla base dell'articolo 43 LPCi in relazione agli articoli 62 et 63 dell'ordinanza sulla protezione civile (OPCi), per incapacità, eventualmente anche per indegnità o anche, sulla base della valutazione medica, per motivi d'ordine sanitario.

Numerosi responsabili della protezione civile ritengono problematici simili divarii tra i cantoni ed esigono che la Confederazione abbia ad occuparsi della questione.

Nei casi di rifiuto di servire, la Confederazione ha fissato i limiti d'ordine penale nell'articolo 84 LPCi. Spetta ai tribunali applicare tali disposizioni. Secondo il principio della separazione dei poteri, la protezione civile, siccome autorità amministrativa, non può esercitare influsso sul giudizio dei giudici. Ciò sarebbe eventualmente attuabile tramite una revisione della legge, il che non sembra tuttavia indicato.

Infine ancora una questione qualche pò diversa: Recentemente il popolo svizzero ha respinto a chiara maggioranza l'iniziativa popolare «per un vero servizio civile». Con questo non è però risolto il problema. L'UFPC si preoccupa eventualmente di istituire un servizio sostitutivo del servizio militare? E vi sono d'altra parte soluzioni possibili onde offrire a chi rifiuta di servire nella protezione civile «un'alternativa» alla prigione?

Un «servizio sostitutivo per gli obiettori del servizio militare» non rientra nell'ambito delle competenze dell'Ufficio federale della protezione civile (UFPC). Saranno il Parlamento e il Consiglio federale a valutare come e in quale forma debba eventualemente essere prestato un servizio del genere. Sembra però poco probabile che «prestazioni sostituive di servizio» siano possibili nella protezione civile, tanto più che le occasioni d'impiego degli astretti alla protezione civile in caso di pace sono limitati.
La migliore «alternativa» per quanti rifiutano di prestare servizio di protezione civile ci sembra, proprio in considerazione del carattere umanitario della protezione civile, quella di prestare il servizio stesso.

Commento:

La possibilità di attuare una soluzione elegante

«Occorre evitare che la problematica dell'obiezione di coscienza abbia ad entrare nella protezione civile e che i tribunali civili abbiano ad essere confrontati con i problemi, praticamente insolvibili, dell'accertamento dei motivi di coscienza. Raccomandiamo di conseguenza di procedere in avvenire come segue: Gli obiettori di coscienza che si rifiutano di prestare servizio militare e che sono stati puniti con detenzione o prigione e che sono in seguito stati esclusi dall'esercito, dovrebbero essere considerati non abili ai sensi dell'articolo 41 LPCi, ove per gli stessi motivi rifiutino anche di ser-

vire nella protezione civile. In questo caso essi non dovrebbero venire incorporati, rispettivamente essere esclusi dall'obbligo di servire nella protezione civile.»

Questa raccomandazione ha fatto già alcuni anni or sono l'Ufficio federale della protezione civile. La prassi cantonale si presenta tuttavia anche oggi assai diversa: mentre alcuni cantoni, seguendo le raccomandazioni dell'UFPC, risolvono «elegantemente» la questione di quanti rifiutano di servire nella protezione civile e con questo gli obiettori sono presto liberati, altri cantoni seguono alla lettera l'articolo di legge e ricorrono a metodi bruschi – con l'obiettivo recondito di riuscire così a risolvere il problema che per fortuna non ha proporzioni enormi, rispettivamente di poter trattenere una possibile lavina.

È evidente che la mancanza di un' «unité de doctrine» è controproducente e fornisce munizione a quelle cerchie che criticano e respingono la protezione civile a ogni possibile occasione. Una prassi unitaria – soprattutto in merito alla repressione del rifiuto di servire e all'esclusione – toglierebbe qualsiasi motivazione agli oppositori della protezione civile. Fintanto che tuttavia un obiettore scomodo e che riesca a fare pubblicità attorno al proprio caso, abbia, in un determinato cantone, ad essere liberato di punto in bianco dall'obbligo di protezione civile, mentre in un cantone vicino verrebbe invece a trovarsi dietro le sbarre, allora la protezione civile offrirà sempre, e senza ragione, il fianco agli oppositori di questa istituzione.

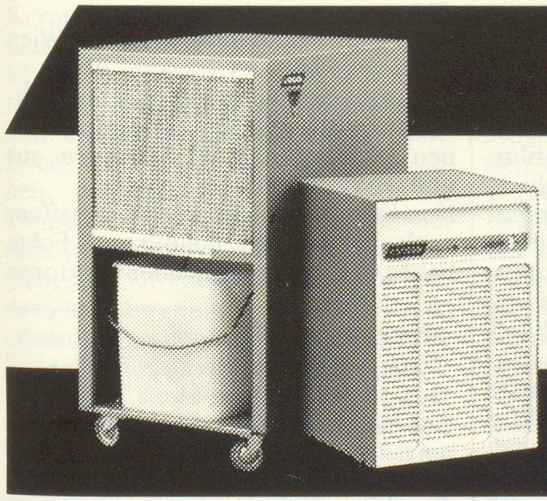
È di conseguenza precetto dell'ora e della ragione che tutti gli esperti della protezione civile e i giuristi versati in materia abbiano a trovarsi attorno a un tavolo e a discutere per attuare un trattamento il più possibile unitario degli obiettori del servizio di protezione civile. Tale soluzione non equivarrebbe a un'imposizione dall'alto, ma sarebbe bensì il modo più elegante di risolvere questo problema che invero problema non dovrebbe essere.

Heinz W. Müller

Survivre, la belle affaire...

C'est toujours un plaisir que d'écouter Pierre Reymond, grand gaillard barbu plein de verve et d'humour. Mais, sous la phrase plaisante, bien tournée, n'oublions pas le sens. Pierre Reymond l'a parfaitement illustré en citant l'amiral Antoine Sanguinetti – eh oui – qui a dit un jour que «le gros avantage de l'abri anti-atomique c'est qu'il aura permis à quelques-uns d'entendre la destruction de l'humanité à la radio»... Protégeons-nous donc. Mais sans oublier de nous demander pour quoi et surtout, pour voir quoi. C'est une des questions qui étaient posées mardi soir dans le documentaire britannique «Armageddon ou la peur et ...

abri atomique, c'est dur, très dur. On rêve d'espace et de confort. On rêve à la vie. Mais en sortant, que verrons-nous? Morts et amas de pierres et de ferraille. Désolation... Survivre, c'est le vœu de beaucoup. Mais il faut aller plus loin et se demander pour quoi. Et comment ne pas en arriver là. Pas de demi-protection civile, a clamé Pierre Reymond: construire la paix en même temps que des abris antiatomiques. Le dessinateur a écopé de quatre jours d'arrêt pour avoir remis en cause, en refusant d'y participer, la PC. C'est la loi. Mais que cela ne nous empêche pas de réfléchir au fond du problème...



Pour prévenir des dégâts d'eau onéreux:

Déshumidificateurs

Gamme étendue d'appareils efficaces, d'un emploi très varié – caves, entrepôts, habitations, installations de protection civile, etc. Exploitation entièrement automatique, consommation d'énergie minime.

Demandez-nous la documentation détaillée.

Krüger + Co.
1010 Lausanne, Tél. 021/32 92 90
Succursales: Münsingen BE, Hofstetten SO, Degersheim SG, Oberhasli ZH, Gordola TI

KRÜGER

Für Zivilschutzliegen sind Sie bei ACO genau richtig.

Kommen Sie in unseren Ausstellungsraum.

funktionsrichtig: Die neue, stapelbare COMODO-Liege entspricht allen Zivilschutzanforderungen.
materialrichtig: Solide Stahlrohrkonstruktion mit Steckverbindungen für vielseitigen Einsatz. Liegebespannung einzeln auswechselbar.
BZS-richtig: BZS 1-atü schockgeprüft und subventionsberechtigt.
budgetrichtig: Kompletter Service und Gesamtberatung inbegriffen.

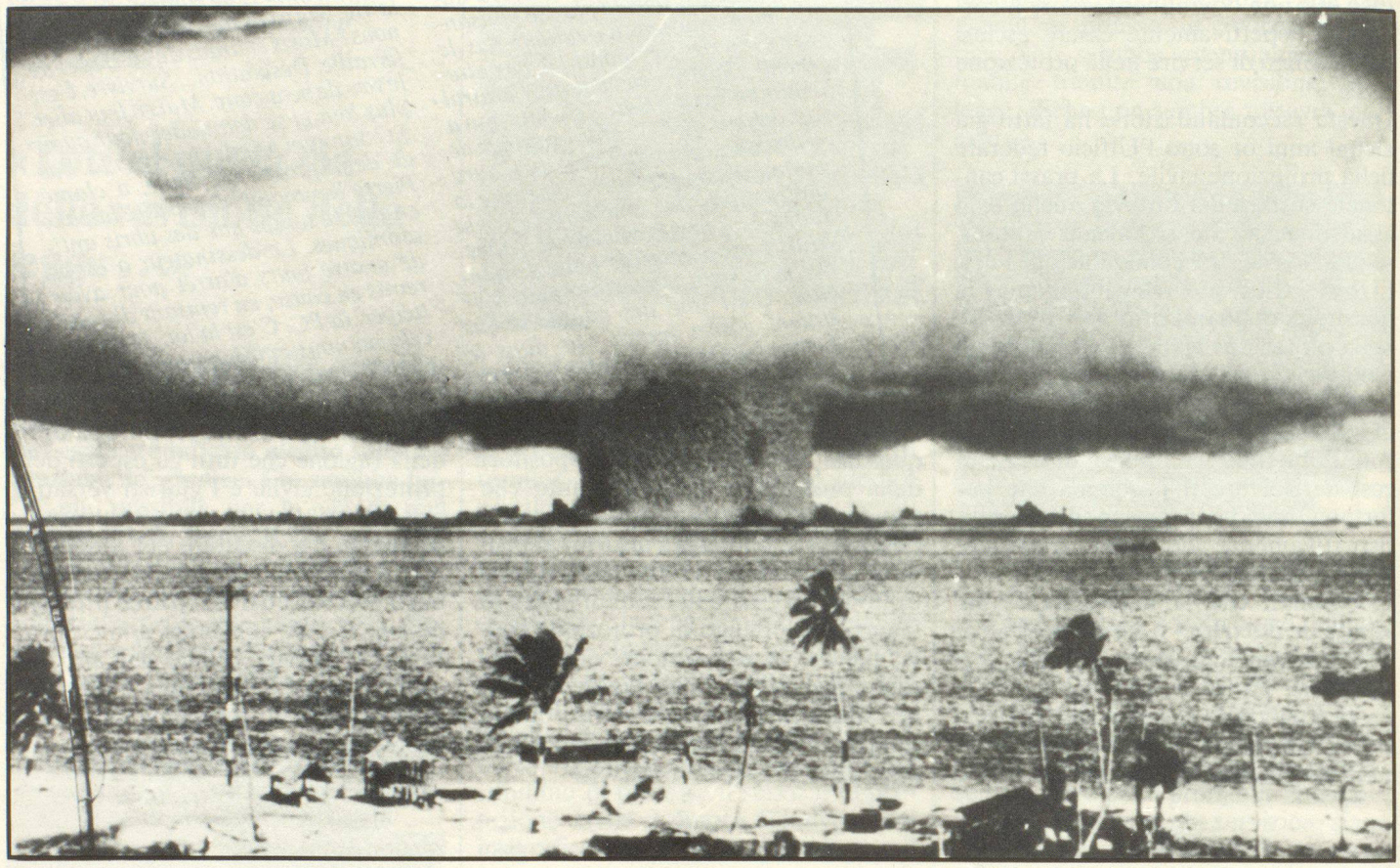
ACO macht Zivilschutzräume zweckmässig.

ACO-Zivilschutzmobiliar
Allenspach & Co. AG
Untere Dünnernstrasse 33
4612 Wangen bei Olten
Tel. 062 32 58 85

ZS-INFO-COUPON
Senden Sie mir/uns bitte Informationen über stapelbare ACO-Zivilschutzliegen. Danke.

Name: _____
Telefon: _____
Adresse: _____
_____
Gemeinde: _____

Ein prominenter Nuklearmediziner widerspricht der Gruppe Bern der «Physicians for Social Responsibility» (PSR)



«Nichts tun ist kollektiver Selbstmord!»

Dr. Herbert Vetter, Wien

«Gegen die Wirkung des Fallouts kann man sich schützen; es ist schwer verständlich, dass viele prominente Mitglieder der österreichischen Friedensbewegung gegen den Aufbau eines wirksamen Zivilschutzes auftreten.» Diese Feststellung macht Dr. Herbert Vetter, Professor für innere Medizin und Nuklearmedizin an der Universität Wien. Vetter ist Vorstandsmitglied der österreichischen Sektion der «Internationalen Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges» (IPPNW), einer weltweiten Organisation, der unter anderem auch die «Physicians for Social Responsibility – Schweiz» (PSR) angehören. Für «Zivilschutz»-Leser nicht uninteressantes und zugleich pikantes Detail: Im nachfolgend abgedruckten Aufsatz widerspricht Prof. Vetter der PSR-Gruppe Schweiz (vgl. Leserbrief von Wolfgang Lauterburg in Nr. 4/84) in wesentlichen Punkten. Vetter schreibt – im Gegensatz zu seinem Berufskollegen Lauterburg – am Schluss des Aufsatzes wörtlich: «Sich auf die Abwehr von Fallout-Wirkungen vorzubereiten, ist bitter notwendig; dies nicht zu tun – etwa mit der Begründung, es hätte ohnehin alles keinen Sinn – käme kollektivem Selbstmord gleich.»

Rund einen Monat danach, nämlich nach der österreichischen Uraufführung des amerikanischen Fernsehfilms «The Day After – Am Tag danach» in Wien, soll hier der Versuch unternommen werden, dessen sachlichen Inhalt – im Gegensatz zu seinen filmischen Aspekten – zu überprüfen und die unmittelbaren und möglichen zukünftigen Reaktionen der Zuseher zu ananlysieren. Es wäre nicht der erste Versuch innerhalb der letzten Wochen: ein Club 2 des Österreichischen Fernsehens war weniger ergiebig, da die bundesdeutsche Mehrheit der Teilnehmer den Grossteil der Sendezeit mit der Wiederholung altbekannter Argumente zur Aufstellung neuer Raketen in Westeuropa füllte; mehrere Wochenmagazine brachten Artikel, die sich vor allem durch ihren Mangel an Sachinformationen auszeichneten.

Der Film illustriert die hypothetischen Wirkungen des Abwurfs mehrerer relativ grosser Kernwaffen mit einer Sprengkraft von vermutlich einigen Megatonnen (Mt) Trinitrotoluol (TNT). Die Explosionen erfolgen offensichtlich auf oder knapp über dem Zentrum der Stadt Kansas City und in deren unmittelbaren Nachbarschaft; der entstehende «Fallout» – an Staub und Asche gebundene radioaktive Spaltprodukte – breitet sich in Richtung der etwa 60 km entfernten kleinen Universitätsstadt Lawrence aus und senkt sich auf diese nieder.

Nun muss aber nicht jede Kernwaffenexplosion lokalen Fallout zur Folge haben – die bestimmenden Faktoren

> „Nicht jede Kernwaffenexplosion muss lokalen Fallout zur Folge haben."

sind Art und Grösse der Waffe und die Höhe ihrer Explosion über dem Erdboden. Abschreckungswaffen, zum Beispiel grosse (strategische) Wasserstoffbomben, erzeugen bei bodennaher Explosion sehr grosse Mengen an Fallout; kleinere (taktische) Gefechtswaffen, zu Beispiel Neutronenbomben, nur geringe Mengen. Sprengkraft der Bombe und Höhe der Explosion stehen in engem Zusammenhang: wenn der sich vom Explosionszentrum nach allen Richtungen ausbreitende Feuerball den Erboden nicht erreicht und daher nur wenig Staub und Asche in die Höhe reisst, bleibt der lokale Fallout gering. Will ein Angreifer zusätzlich zu den primären Wirkungen einer Kernwaffenexplosion, über die noch zu sprechen

sein wird, Fallout erzeugen – was durchaus nicht in seinem Interesse gelegen sein muss –, dann muss er die Explosionshöhe um so niedriger legen, je kleiner die Waffe ist; die relativ kleinen Atombomben in Japan (15 bzw. 22 kt) explodierten in rund 600 m Höhe und haben daher kaum

> „Die Wirkungen eines Atomkriegs könnten so wie im Film aussehen, sie müssten es aber nicht."

Fallout bewirkt. Die Ausbreitung des lokalen Fallouts wird von der zum Zeitpunkt der Explosion herrschenden Windrichtung und -geschwindigkeit sowie der allgemeinen Wetterlage und den topographischen Verhältnissen bestimmt: Während auf ebenem Gelände ein etwa 30grädiger Sektor der Windrose vom Fallout maximal bestrichen wird, bleiben bei konstanter Windrichtung die übrigen Sektoren praktisch verschont. Im Film bläst eben der Wind vom zerstörten Kansas City zufällig in Richtung des benachbarten Städtchens Lawrence. Der Film zeigt daher eine zwar durchaus realistische, aber keineswegs eine allgemeingültige Situation: eine andere Art (und auch Zahl) der verwendeten Kernwaffen, eine andere Explosionshöhe und andere Wetterbedingungen hätten für Kansas City und für Lawrence auch ganz andere Folgen haben können. Die Wirkungen eines Atomkriegs könnten so wie im Film aussehen, sie müssten es aber nicht. Sie könnten einerseits noch schrecklicher sein (der Film beschränkt sich zwar nicht nur auf «den» Tag danach, sondern auf etwa eine Woche danach, da er notgedrungen auf eine Beschreibung der Langzeitwirkungen verzichten muss), sie könnte anderseits aber auch geringer sein; es wird eben nur eine von vielen möglichen Szenerien dargestellt.

Im Film ist der wesentliche Unterschied in den Todesursachen der Bevölkerung von Kansas City und von Lawrence deutlich erkennbar. Im Nahbereich einer Kernwaffenexplosion (Kansas City) gehen die Menschen durch eine der drei primären Wirkungen – Druckwelle, Hitzewelle

> „Entgegen der landläufigen Meinung spielen die Strahlen in diesem Massenmord nur eine untergeordnete Rolle."

und/oder Strahlung – zugrunde. Entgegen der landläufigen Meinung spielen die Strahlen in diesem Massenmord nur eine untergeordnete Rolle. Nur etwa 5% der Energie einer «normalen» Kernwaffe werden in Form von Strahlung frei, 95% etwa je zur Hälfte als Druck und Hitze. Eine Neutronenwaffe – auch eine Kernwaffe (Fusion) aber ohne fallouterzeugenden Mantel aus U-238 – kann dagegen bis zu etwa 80% ihrer Energie als Neutronen, also Strahlung, abgeben. Im Regelfall wirken Druck und Hitze schneller und reichen weiter, so dass die Menschen unter einer Kernwaffenexplosion schon längst zermalmt und verdampft sind, bevor noch die tödliche Wirkung der Strahlen eintritt. Da sich zum Zeitpunkt der Explosion wahrscheinlich rund 80% der Bevölkerung innerhalb von Gebäuden befänden und Dächer und Hauswände die Hitzewirkung stärker als die Druckwirkung abschwächen, gingen etwa drei Viertel der Todesursachen aus den primären Wirkungen auf die Druckwelle und ein Viertel auf die Hitzewelle zurück – einschliesslich der mittelbaren Ursachen, wie zusammenstürzender Gebäude und des fast immer einsetzenden Feuersturms. Selbst jene, die in massiven Bunkern oder in Tiefkellern die Druckwelle überstünden, gingen in kurzer Zeit an diesen indirekten Folgen zugrunde.

Ganz anders die Situation im ausserhalb dieser Zone der völligen Vernichtung liegenden Städtchen Lawrence. Wohl treten auch hier Schäden durch Druck und Hitze auf, aber die Menschen hier sterben in erster Linie an den Strahlenwirkungen des Fallouts. Diese erhöhen die Zahl der Opfer in einem solchen Ausmass, dass der Anteil der strahlenbedingten Todesfälle mehr als die Hälfte aller Todesfälle erreichen kann. Realistischerweise werden im Film, der sich ja auf die Woche danach in Lawrence konzentriert, nicht die Erschlagenen und Verbrannten in Kansas City, sondern die Opfer der akuten Strahlenkrankheit in Lawrence und Umgebung gezeigt, und zwar jene, die sich nicht ausreichend gegen den Fallout schützen konnten. (Beispiel im Film: Ein junges Mädchen verlässt in Panik den schützenden Keller und läuft auf einem vom Fallout bedeckten Feld herum.) In Lawrence sterben die Menschen nicht sofort, sondern sind auch noch «am Tag danach» am Leben; sie sterben erst nach Wochen, Monaten oder gar Jahren.

Wie der Regisseur des Films in einem auch im ORF gezeigten Interview sagte, war es seine Absicht, durch eine möglichst realistische Darstellung der Wirkungen eines Atomangriffs unter den amerikanischen Zusehern Angst und Schrecken zu verbreiten und sie so zur aktiven Untersützung der auch in den USA wachsenden Friedensbewegung zu motivieren. Das erste Ziel wurde auch bei Nicht-Amerikanern erreicht; dies zeigen die Gesichter der Zuseher am Ende des Films – selbst die jungen Herren im Lederanzug spielen in der stillen Gasse vor dem Gartenbau-Kino nur leise mit ihrem Gaspedal. Das zweite Ziel wurde hingegen offenbar verfehlt: laut Umfragen haben nach der Sendung mehr Amerikaner die Reagansche Aufrüstungspolitik befürwortet als vorher, und zwar mit der Begründung, dass nur eine noch stärkere Aufrüstung mit dem Ziel, das Abschreckungspotential des Gegners zu übertreffen, einen Atomkrieg verhindern könnte. Nun sollte man zwar meinen, dass die Kernwaffenarsenale auf beiden Seiten schon gross genug wären, aber, wie so oft bei primär emotionell geführten Diskussionen, zieht jede Seite nur jene Schlüsse, die ihre bereits fixierte Meinung zu bestätigen scheinen.

Tatsächlich beträgt heute die Sprengkraft dieser Arsenale das rund 5000fache jener, die im letzten Weltkrieg von allen Seiten eingesetzt wurde; sie wird von den Vereinten Nationen auf etwa 16000 ± 4000 Mt TNT oder auf rund 4 ± 1 t je Kopf der Weltbevölkerung geschätzt. Mehr als die Hälfte, vielleicht zwei Drittel, dieser Sprengkraft ist in den grossen und «schmutzigen», das heisst falloutproduzierenden Waffen konzentriert, also in Ab-

> „Tatsächlich beträgt die Sprengkraft der Arsenale das rund 5000fache jener, die im letzten Weltkrieg von allen Seiten eingesetzt wurde."

schreckungswaffen, die zwar in der Theorie für den Einsatz über dem Territorium der gegnerischen Supermacht bestimmt sind, in der Praxis aber wohl nur in extremis verwendet würden. Die derzeit von beiden Seiten favorisierte strategische Doktrin besagt nämlich, dass es möglich sein sollte, einen Atomkrieg auf dem Gebiet dritter Länder auszutragen und ihn so zu begrenzen, dass der Austausch grosser Waffen, der ja die eigenen Länder treffen würde, vermieden würde. Der Film basiert sein Szenarium auf der Annahme, dass diese Doktrin versagt hätte: der Konflikt beginnt mit einem mit konventionellen Waffen vorgetragenen Angriff in Mitteleuropa, der mit dem Einsatz kleiner nuklearer Gefechtswaffen beantwortet wird, und dieser löst wiederum den «mutual exchange» der grossen Abschreckungswaffen aus. Viele angesehene und sachkundige

Leute sind der Ansicht, dass es tatsächlich unmöglich sein würde, einen einmal begonnenen Atomkrieg auf den Einsatz taktischer Gefechtswaffen zu beschränken. Niemand wird bestreiten können, dass diese Ansicht, die von der Friedensbewegung geradezu zum Dogma erhoben würde, richtig sein könnte, aber es ist eben nur eine Ansicht, deren Bestätigung wir hoffentlich niemals erleben werden. Wir müssen uns daher immer wieder vor Augen halten, dass auch andere Abläufe des Kriegsgeschehens möglich sind, auf die wir uns einstellen, ja sogar vorbereiten müssen.
Die Reaktion auf den Film könnte – und wird vielleicht auch – von der geographischen Position der Zuseher abhängen. Jene in den USA und in der Sowjetunion (falls der Film dort gezeigt werden sollte) können erwarten, dass ihre Länder kaum zu Schlachtfeldern mit Einsatz taktischer Kernwaffen würden; sie müssen vor allem fürchten, dass – so wie im Film – aus einem begrenzten ein unbegrenzter Atomkrieg werden könnte. Dann jene Zuseher in Mitteleuropa beidseits des Eisernen Vorhangs oder auch im Mittleren Osten, die sich ausrechnen können, dass im Ernstfall ihre Länder zu nuklearen Schlachtfeldern würden, und zwar besonders dann, wenn in diesen Ländern Kernwaffen gelagert und Abschussrampen für Raketen aufgestellt sind. In einer dritten Gruppe von Ländern, zu denen man zum Beispiel Schweden, Spanien und vielleicht auch Österreich zählen könnte, kann die Bevölkerung hoffen, dass ihr Kernwaffenexplosionen auf eigenem Territorium erspart blieben, muss aber fürchten, dass der Fallout aus den Schlachtfeldern eines Atomkriegs sie bei entsprechenden Wetterbedingungen erreichen könnte. Endlich eine vierte Gruppe, vor allem in der südlichen Hemisphäre, die wohl erst mit den Langzeitwirkungen eines totalen Atomkriegs, wie globalem Fallout, Klimaveränderungen oder Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems, konfrontiert wäre.

> „Da eine Totalzerstörung Wiens keiner der potentiellen Kriegsparteien derzeit erkennbare taktische Vorteile verschaffen würde, ist der Einsatz einer grösseren Waffe über Wien recht unwahrscheinlich."

Österreich ist vermutlich in die dritte Gruppe einzuordnen, doch sei hier zunächst einmal angenommen, dass es Ziel eines direkten Kernwaffenangriffs sein würde. Eine Waffe von 1 Mt Sprengkraft, in einer Höhe von 3200 m über dem Stephansplatz zur Explosion gebracht, würde eine Zone von etwa 7 km Radius schaffen, in der kein Mensch überleben könnte; diese Zone würde bis fast an die Grenzen der Stadt reichen und sie teilweise überschreiten. In einem Areal von rund 800 km² Fläche würden 50% der Bevölkerung sterben und 40% schwer verletzt sein; Wien hat eine Fläche von 415 km². Da eine Totalzerstörung Wiens keiner der potentiellen Kriegsparteien derzeit erkennbare taktische Vorteile verschaffen würde, ist der Einsatz einer grossen Waffe über Wien recht unwahrscheinlich, weniger unwahrscheinlich hingegen die Verwendung einer oder mehrerer taktischer Kernwaffen in anderen Teilen Österreichs. Da weder Angreifer noch Verteidiger unter den Kriegsparteien ein Interesse hätte, das Schlachtfeld radioaktiv zu verseuchen, müsste man in erster Linie mit dem Einsatz von Neutronenbomben rechnen. Eine Neutronenbombe mit der üblichen Sprengkraft von 1 kt bewirkt durch direkte Strahlung eine Todeszone mit einem Radius von rund 1,9 km, verursacht nur mässige Schäden durch Druck und Hitze und erzeugt keinen nennenswerten Fallout. Hier sei übrigens angemerkt, dass der Vorwurf, wonach die Neutronenbombe eine besonders unmenschliche Waffe sei, weil sie «Menschen töte, aber Material unbeschädigt lasse», zwar politisch wirksam, aber sachlich unbegründet ist; eine Neutronenbombe vernichtet bei gleicher Abwurfhöhe viel weniger Menschen als eine Wasserstoffbombe, selbst bei gleicher Sprengkraft.
Die Hauptsorge des Österreichers sollte aber jener Situation gelten, in der unser Land zwar nicht Ziel eines direkten Angriffs wäre, sehr wohl aber von jenem Fallout erreicht würde, der aus Kernwaffenexplosionen über potentiellen Schlachtfeldern in unserer näheren und ferneren Nachbarschaft stammen würde; er könnte bei niedrigen Abwurfhöhen und entsprechenden Wetterbedingungen weite Teile unseres Landes bedecken. Ja selbst ein Konflikt zwischen Israel und Libyen, der unter Umständen vom Einsatz nuklearer Waffen in der Sahara begleitet sein könnte, würde Fallout erzeugen, der bei kräftigem Südwind bis nach Europa vertragen würde – wir alle kennen den roten Sand, der von Stürmen in der Sahara aufgewirbelt wird und sich von Zeit zu Zeit auf unseren Gletschern niederschlägt.

> „Gegen die Wirkungen des Fallouts kann man sich schützen."

Gegen die Wirkungen des Fallouts kann man sich schützen; es ist schwer verständlich, dass viele prominente Mitglieder der österreichischen Friedensbewegung – in blindem Eifer und gedankenlos Slogans folgend, die aus den Ländern der oben erwähnten zweiten Gruppe stammen – gegen den Aufbau eines wirksamen Zivilschutzes auftreten. Die These, wonach vermehrte Anstrengungen zum Schutz der Zivilbevölkerung die Illusion eines möglichen Überlebens in einem Atomkrieg schaffen und damit den Willen zum Widerstand gegen eine weitere Aufrüstung lähmen könnte, mag für Länder in dieser Gruppe ihre Richtigkeit haben; in Ländern der dritten Gruppe ist, falls sie nur vom Fallout betroffen werden, Überleben keine Illusion, sondern durchaus vorstellbare Realität. Jeder, der in diesen Ländern, also auch in Österreich, gegen den Zivilschutz demonstriert, übernimmt die schwer zu tragende Verantwortung, die Überlebenschancen seiner Mitmenschen im Ernstfall geschmälert zu haben.

> „Ein wirksamer Schutz gegen Fallout setzt ein funktionierendes Kommunikations- und damit ein Alarmsystem voraus."

Ein wirksamer Schutz gegen Fallout setzt ein funktionierendes Kommunikations- und damit Alarmsystem voraus, mit dessen Hilfe die Bevölkerung vor dem Herannahen des Fallouts gewarnt bzw. ihr mitgeteilt werden kann, wann sie die Schutzräume wieder verlassen kann. Im Film wird anschaulich gezeigt, wie unmittelbar nach den Bombenexplosionen alle Motorfahrzeuge, selbst wenn sie sich in weiter Entfernung von den Abwurfstellen auf den Strassen bewegen, plötzlich zum Stillstand kommen. Ebenso werden die Bemühungen einiger Techniker im Keller der Universität in Lawrence gezeigt, mit Hilfe eines alten röhrenbestückten Sender/Empfängers und einer Autobatterie eine Verbindung mit der Aussenwelt herzustellen. Der Grund für die Zerstörung fast aller elektrischer und elektronischer Einrichtungen liegt im sogenannten nuklearen elektromagnetischen Puls (NEMP), der von jeder Kernwaffenexplosion ausgelöst wird und sich mit Lichtgeschwindigkeit, also schneller als die Druck- und die Hitzewelle, ausbreitet.
Seit etwa drei Jahren weiss man aber über eine Art «Super-NEMP» Bescheid, dessen dramatischen Aspekte in seiner Ausdehnung nun nicht mehr über 20 oder 30 km, sondern über

mehrere tausend Kilometer liegen und dessen Wirkungen somit einen ganzen Kontinent erfassen können. Eine grosse Waffe, die zum Beispiel in 350 km Höhe zur Explosion gebracht wird, hat zwar keine wesentlichen Druck-, Hitze- oder Strahlenwirkungen, erzeugt aber durch Mechanismen, zu deren Beschreibung hier der Platz fehlt, auf dem Erdboden kurzzeitige Spannungsstösse bis zu 50000 Volt pro Meter, die in Hochspannungsleitungen bis zu Millionen Volt erreichen können. Unter anderen werden alle jene elektronischen und elektrischen Geräte blitzartig zerstört, die mit Transistoren und Mikroschaltungen ausgerüstet sind und/oder den Puls über eine Antenne aufnehmen: Rundfunk, Fernsehen, Telefon, Bodenfunk und andere Kommunikationssysteme würden damit mit einem Schlag selbst dann lahmgelegt werden, wenn deren Stromversorgung noch funktionieren sollte. Es wird heute angenommen, dass ein Angreifer selbst einen mit konventionellen Mitteln geführten Krieg mit der Explosion einer Kernwaffe oberhalb der Atmosphäre beginnen würde, um die Kommunikationssysteme des Verteidigers zu lähmen.

Für den Zivilschutz ist von Bedeutung, dass ein solcher Super-NEMP auch die Alarmsysteme für die Zivilbevölkerung unbrauchbar machen würde. Zwar ist es möglich, Sendeanlagen, Computer, Steuerungsapparaturen usw. gegen den NEMP zu «härten», obwohl der technische und finanzielle Aufwand enorm wäre; es müssten aber auch die Empfangsgeräte, zum Beispiel kleine Kofferradios, von deren ordentlicher Funktion das Leben Hunderttausender Menschen abhängen könnte, geschützt werden. In Österreich geschieht in dieser Richtung dem Vernehmen nach wenig bzw. nichts: laut Auskunft des ORF sind weder die Fernseh- noch die Rundfunksender gegen einen solchen Puls geschützt.

Die aufmerksame Verfolgung des Films und einige Überlegungen zu den gegenwärtigen politisch-militärischen Gegebenheiten sollen uns Österreicher zu folgenden Schlüssen führen:

1. Die Folgen eines unbegrenzten Atomkriegs wären so entsetzlich, dass auch ein so gut gemachter Film wie «Am Tag danach» sie nur unzureichend darstellen kann. Einen wirksamen Schutz vor diesen Folgen gäbe es nicht. (Auch die rund 60000 Mitglieder der Internationalen Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung eines Atomkriegs weisen immer wieder darauf hin, dass eine medizinische Hilfe unwirksam bliebe.)
2. Was immer in unserer, der Bewohner dieses Planeten, Macht steht, einen solchen Atomkrieg zu verhindern, muss getan werden – unaufhörlich, unermüdlich und ohne Furcht vor politischer Diffamierung.
3. Idealismus oder gar Fanatismus dürfen aber nicht dazu führen, klar erkennbare Realitäten zu übersehen oder gar zu leugnen. Zu diesen Realitäten gehört das Faktum, dass nicht aus jedem begrenzten Atomkrieg ein unbegrenzter werden muss; keine der beiden Supermächte hat ein Interesse daran, ihr eigenes Territorium in das Kriegsgeschehen einbeziehen zu lassen – sie werden alles daransetzen, das Harmageddon auf dritte Länder zu beschränken.
4. Sollte ihnen dies gelingen, dann wäre es möglich, dass Österreich ausserhalb der direkten Wirkungen des Einsatzes nuklearer Waffen auf den Schlachtfeldern eines konventionellen Krieges bliebe, wohl aber wahrscheinlich, dass es in den Ausbreitungsbereich des so entstehenden Fallouts geriete. Sich auf die Abwehr solcher Fallout-Wirkungen vorzubereiten, ist daher bitter notwendig; dies nicht zu tun – etwa mit der Begründung, es hätte ohnehin alles keinen Sinn – käme kollektivem Selbstmord gleich.

Aus Schweizer Sicht

Der Abdruck des im Dezember 1983 verfassten Aufsatzes «Am Tag danach» erfolgt mit dem Einverständnis seines Autors. Aus Schweizer Sicht dürfte die Feststellung von Bedeutung sein, dass im Ernstfall bereits heute drei Viertel der Wohnbevölkerung in künstlich belüfteten, mit Gasfiltern versehenen Schutzräumen Zuflucht finden könnten, wobei der restliche Bevölkerungsteil nötigenfalls in behelfsmässigen Schutzräumen untergebracht werden müsste. Diese Räume bieten einen auch international anerkannten wirksamen Schutz gegenüber allen direkten und indirekten Waffenwirkungen und nicht bloss gegenüber dem radioaktiven Ausfall, halten doch unsere modernen Schutzräume mindestens einem Luftüberdruck von 1 bar (atü) stand. Konkret bedeutet dies, dass bei einer Bombe vom Typ Hiroschima/Nagasaki (14 bis 22 kt) ein unversehrtes Überleben in einer Entfernung von rund 800 m vom Explosionspunkt gewährleistet ist. Bei einer Einmegatonnenbombe beträgt diese Distanz 2,6 km. Zu erwähnen ist auch, dass die strategische Doktrin einer möglichen Austragung eines Atomkrieges auf dem Gebiet dritter Länder und somit eines entsprechend begrenzten Einsatzes von Kernwaffen äusserst kontrovers ist.

«On peut fort bien se protéger contre les effets de retombées radioactives; il est difficile de comprendre pourquoi de nombreux membres éminents du mouvement autrichien pour la paix s'engagent contre la réalisation de la protection civile.» Telles sont les constatations que fait Monsieur Hubert Vetter, professeur de médecine interne et de médecine nucléaire à l'Université de Vienne. Monsieur Vetter est membre du Comité de la section autrichienne de l'Association internationale des médecins pour la prévention de la guerre atomique (AIMPGA), une organisation implantée dans le monde entier à laquelle appartiennent, entre autres, les Physicians for Social Responsibility de Suisse (PSR). Pour les lecteurs de *Protection civile*, notons ce détail piquant qui ne manque pas d'intérêt: dans son étude, le professeur Vetter contredit le groupe «PSR» de Suisse (voir la lettre de lecteur de M. Wolfgang Lauterburg dans le No 4/84) sur des points essentiels. Monsieur Vetter écrit – contrairement à son collègue Lauterburg – à la fin de son étude qu'il est cruellement indispensable de se préparer à se défendre contre les effets des retombées radioactives; ne pas le faire, en invoquant que cela n'a de toute façon pas de sens, équivaudrait à un suicide collectif!

«Ci si può proteggere contro le conseguenze delle ricadute radioattive: l'opposizione all'attuazione di un'efficace protezione civile, da parte di molti e prominenti membri del movimento austriaco per la pace, è difficilmente comprensibile.» Questo è quanto rileva il dott. Herbert Vetter, professore di medicina interna e di medicina nucleare all'Università di Vienna. Vetter è membro del comitato esecutivo della Sezione austriaca dell'Associazione internazionale dei medici contro la guerra atomica, un'organizzazione a livello mondiale della quale fa parte tra l'altro anche la Physicians for Social Responsibility Svizzera (PSR). Dettaglio interessante e nel contempo piccante, per i lettori di *Protezione civile:* nella sua relazione, il prof. Vetter contraddice il gruppo Svizzera di PSR (cf. lettera alla rivista di Wolfgang Lauterburg, pubblicata nel N° 4/84) in punti importanti. Verso la fine della relazione, Vetter – in contrapposizione al collega Lauterburg – scrive quanto segue: «È assolutamente necessario prepararsi alla lotta contro gli effetti delle ricadute radioattive: non farlo – adducendo, ad esempio, che ormai non ha alcun senso – equivarrebbe a un suicidio in massa.»

„Was immer in unserer, der Bewohner dieses Planeten, Macht steht, einen solchen Atomkrieg zu verhindern, muss getan werden – unaufhörlich, unermüdlich und ohne Furcht vor politischer Diffamierung."

Erste kombinierte Übung Zivilschutz/Luftschutz im Kanton Graubünden

Mit der Übung Capricorn wurde Gelbhelmen unbarmherzig der Spiegel vorgehalten

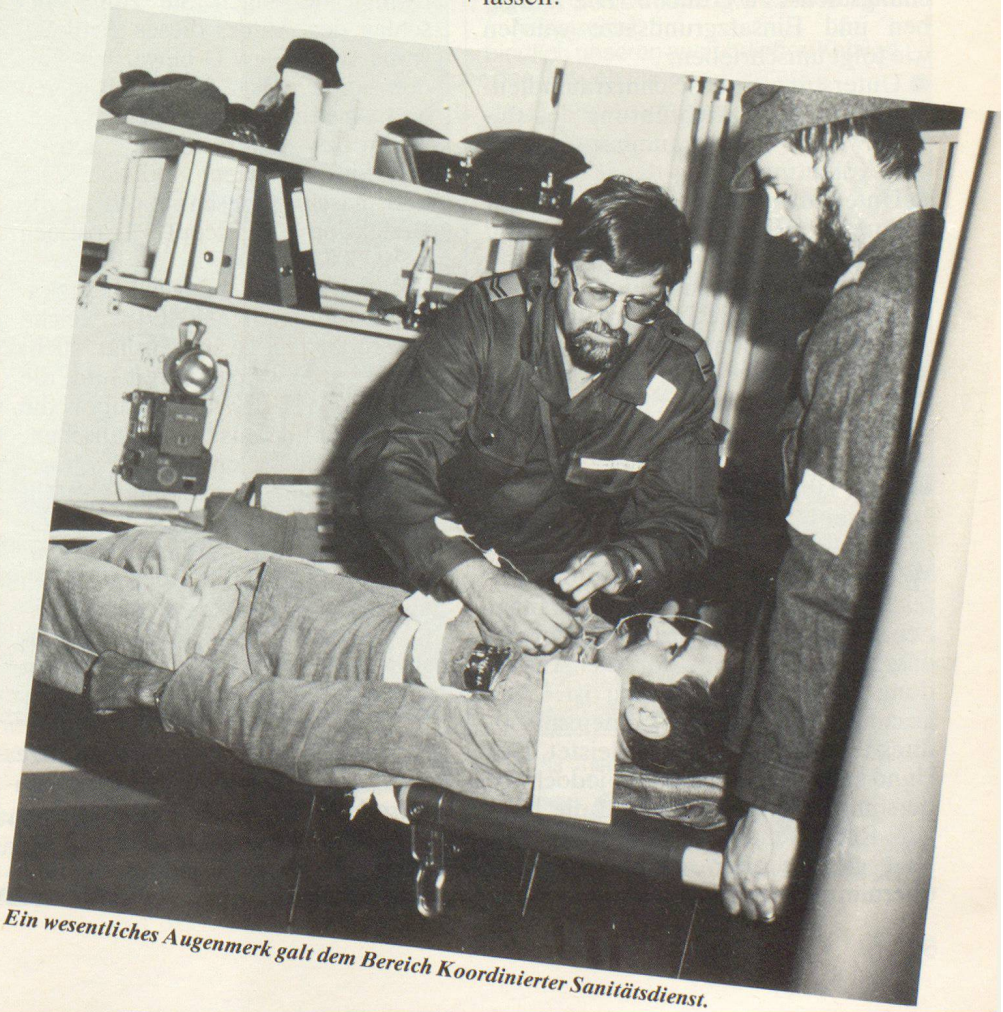
hwm. Mitte Mai fand im Raum Chur eine grössere kombinierte Übung («Capricorn») von Zivilschutzorganen des Kantons Graubünden mit den Luftschutztruppen statt. Es war die erste Übung dieser Art im grössten Kanton unseres Landes. Sie sollte einerseits Einsatzmöglichkeiten des Zivilschutzes und des neugebildeten, in Graubünden stationierten Luftschutzbataillons 35, anderseits die Zusammenarbeit zwischen Luftschutz und Zivilschutz zeigen. Fazit: Im Massstab 1:1 erlebten insbesondere die Zivilschutzangehörigen, dass der Einsatz im grossen Verband und das Zusammenwirken mit den Luftschutztruppen grosse Anforderungen an Kader und Mannschaft stellt und es noch viel zu tun gibt, bis gewisse Automatismen funktionieren.

Prominente Zaungäste, darunter auch Brigadier René Ziegler, Waffenchef der Luftschutztruppen, Vierter von rechts. (Bilder: Fritz Friedli)

An der zweitätigen Übung im Raum Chur ging es in erster Linie darum, die Lücken zu erkennen, die es im Zivilschutz des Kantons Graubünden noch zu schliessen gibt. Bewusst wurden deshalb zum Teil massive Unterbestände in Kauf genommen. Zum Einsatz gelangten insgesamt etwa 1300 Zivilschutzangehörige, dies meist in Form von Ad-hoc-Formationen. Die kurzen Ausbildungszeiten sowie vielfach nicht eingespielte Teams hatten natürlich zur Folge, dass beim Zivilschutz nicht alles «bilderbuchmässig» klappte und der Vorsprung der Luftschutzeinheiten klar zutage trat. Das ist auch nicht weiter tragisch – im Gegenteil: Die Gelbhelme wissen nun, dass es noch viel zu tun gibt und es im Ernstfall eben anders zu schalten gilt als im Übungsdorf, wo die Einsatztiefen in der Regel nur supponiert von den Formationen beübt werden können.

Die zweitägige Übung «Capricorn», von zivilen und militärischen Kommandos optimal vorbereitet, spielte sich vorab auf den Schauplätzen Fideris (altes Hotel Kulm), Cazis (Lochmühle) und Chur (Ausbildungszentrum Meiersboden) ab, wo in einer ersten Phase der Zivilschutz zum Einsatz gelangte. Als die Mittel nicht mehr reichten und die entsprechenden Hilfebegehren gestellt waren, traten Luftschutztruppen in Aktion. Wie Brigadier Rudolf Cajochen, Kommandant der Ter Zone 12, vorgängig an einer Pressekonferenz bemerkte, «wird oft etwas zu schnell nach Hilfe gerufen». Das war an der Übung Capricorn kaum der Fall, denn die Luftschutzeinheiten erschienen erst dann auf den Schadenplätzen, als der Zivilschutz längst an die Grenzen seiner Möglichkeiten gelangt war. Die Zeitschrift «Zivilschutz» wird auf die Übung Capricorn noch zurückkommen und direkt betroffene Zivilschutz-Profis zu Worte kommen lassen.

Spass mit Fehlern ist erlaubt...



Ein wesentliches Augenmerk galt dem Bereich Koordinierter Sanitätsdienst.